Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949
# 1949

23 (1.2.1949)

Visual Library

# KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich, außer Donnerstag und Sonntag. Redaktion, Verlagsabteilung und Druck Karlsruhe, Waldstraße 28. Telefon Nr. 922/923 (Dringend Presse) Anzeigenannahme und Vertrieb: Karlsruhe, Kaiserstraße 89, Telefon 6649, Durlach, Pfinztalstraße 49. Ettlingen, Leopoldstraße 5. Telefon 36. Buchhandlung Lechner.

Süddeutsche Allgemeine

Bezugspreis monatlich DM 2.40 einschließlich Trägergebühr, Postzustellung DM 2.20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene, 40 mm breite Millimeterzeile Millimeter-Grundpreis DM —.30, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 3 a. — Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe Nr. 80 535.

3. Jahrgang Nummer 23 | Karlsruhe, Dienstag, 1. Februar 1949 | Einzelpreis 20 Pfennig


## Vizepräsident der UP ertrunken

TOKIO, 31. Jan. (UP) Miles W. Vaughn, Vizepräsident und Generaldirektor der Asienabteilung der „United Press Associations", ist mit vier Freunden in der Bucht von Tokio ertrunken. Vaughn befand sich mit einem Boot unterwegs, um zu fischen, und wurde dabei, von einem plötzlich aufkommenden Sturm überrascht.

## Wahlergebnis in Israel

TEL AVIV, 31. Jan. (UP) Nach den jetzt vorliegenden endgültigen Wahlergebnissen aus Israel erhielten am vergangenen Sonntag bei 420 627 abgegebenen Stimmen die Mapai (gemäßigte sozialistische Arbeiterpartei) 132 972; Mapam (weiter links stehende Arbeiterpartei) 63 107; Vereinigter Wahlblock der orthodox-religiösen Parteien 52 633; Heruth (aus der Irgun Zwai Leumi heraus entstanden, nationalistisch-extremistisch) 49 220; Progressive Partei 17 600; Allgemeine Zionisten 22 524; Lehi (ehemalige Sterngruppe) 5280 Stimmen. Der Rest der Stimmen entfiel auf Splittergruppen.

## Kämpfe in Korea

SEOUL, 31. Jan. (UP) Die Regierung von Südkorea teilte mit, daß an der Grenze von Nord- und Südkorea Kämpfe ausgebrochen sind. Der Regierungssprecher, Tschoi Tschi Wan, sagte, eine Abteilung von etwa 400 Mann der nordkoreanischen Armee hätte überraschend das Dorf Tschungdan, etwa 100 km östlich Seoul, überfallen. Zugleich teilte Tschoi mit, daß in der sechsten Division der südkoreanischen Armee eine Revolte ausgebrochen sei, wobei ein Offizier und sechs Soldaten, die nicht mitmachen wollten, erschossen wurden. Die Revolte sei jedoch mit Hilfe von Polizei und Truppen niedergeschlagen worden. Einheiten der nordkoreanischen Armee hätten ferner die Dörfer Pothung und Tschungtschon, 75 km nordöstlich Seoul, angegriffen. 60 km nördlich Seoul seien Truppen-Konzentrationen zu bemerken. Tschoi wies darauf hin, daß an der Grenze eine sehr heikle Lage entstanden sei.

## West-Ukraine kollektiviert

MOSKAU, 31. Jan. (UP) Nikita Krutschtschew, der Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine, teilte dem Kongreß seiner Partei in Kiew mit, daß die Mehrzahl der Bauern in der West-Ukraine (aus dem Moldaugebiet, Bessarabien, der Bukowina und der transkarpathischen Gebiete, die nach Kriegsende in die Sowjetunion eingegliedert wurden), nunmehr in der Kolchos-Wirtschaft arbeiteten. Diese Entwicklung sei ein schwerer Schlag gegen die Kulaken und die ukrainisch-deutschen Nationalisten.

## Omnibus stürzte in die Elbe

PRAG, 31. Jan. (UP) Ein mit 72 Passagieren besetzter Omnibus stürzte laut Mitteilung des Prager Rundfunks in die Elbe. Dabei wurden drei Personen getötet, alle übrigen Fahrgäste erlitten Verletzungen.

## Internationale Jugendtagung

KASSEL, 31. Jan. (DENA) Eine internationale Jugendtagung wurde am Samstag auf der westdeutschen Jugendburg Ludwigstein an der Werra in Anwesenheit der YMCA aus den USA und Schweden sowie Angehörigen der konfessionellen und Parteijugendorganisationen, der Schülerverwaltungen und des Roten Kreuzes eröffnet. Auf der von der GYA geleiteten Tagung sollen internationale Jugendprobleme, die Arbeit der YMCA und Wege der Zusammenarbeit mit der deutschen Jugend erörtert werden.

## *Welt-Rundschau*

**KAIRO.** Der ägyptische Außenminister Abaz Pascha erklärte, daß seine Regierung Israel niemals anerkennen werde. — **GENUA.** (UP) Bei einer Explosion auf einem italienischen Tanker wurden fünf Arbeiter getötet. — **BRÜSSEL.** Belgien sah sich am Montag ohne Strom und Gas. Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke in fast allen Teilen des Landes sind in den Streik getreten. — **RIO DE JANEIRO.** (UP) Im Hafengebiet von Rio sank ein Vergnügungsdampfer, wobei 32 Menschen ums Leben kamen. — **BUENOS AIRES.** Gruppen bewaffneter Anhänger des Expräsidenten von Paraguay, General Higinio Morinigo, versuchten, von der Rundfunkstation Asuncion Besitz zu ergreifen. — **WASHINGTON.** Präsident Truman hat am Montag im Namen der USA die Regierungen von Israel und Transjordanien voll anerkannt.

(Alle nicht gezeichneten Nachrichten: DENA)

# Stalins Vorschlag ohne Echo

**Präsident Truman will sich mit dem russischen Regierungschef nur in Washington treffen**

WASHINGTON, 31. Jan. (DENA-Reuter) Präsident Truman ist, wie ein Sprecher des Weißen Hauses hier bekanntgab, unter der Voraussetzung zu einem Zusammentreffen mit Stalin bereit, daß die Begegnung in Washington erfolgt. Der Sekretär Präsident Trumans, Charles Ross, erklärte auf einer Pressekonferenz, Truman habe die von Stalin am Sonntag abgegebene Erklärung bisher noch nicht kommentiert. — Wie UP meldet, hat in amerikanischen Regierungskreisen Stalins Vorschlag über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes keine günstige Aufnahme gefunden. Uebereinstimmend wird hervorgehoben, man hoffe in Washington auf positive Handlungen der Sowjetunion an Stelle von Worten, die den Wunsch nach einem dauernden Weltfrieden zutage treten lassen. Die von Stalin angegebenen Ziele seien durchaus zu begrüßen. Erfahrungsgemäß müßten sie jedoch als Angebot betrachtet werden, alle Fragen zu den von der Sowjetunion vorgesehenen Bedingungen zu lösen. In unterrichteten Kreisen rechnet man ferner damit, daß die Kommunisten versuchen werden, aus Stalins Erklärung Kapital zu schlagen. Die Erklärung soll anscheinend dazu dienen, die Grundthese der kommunistischen Propaganda zu erhärten, wonach die USA den Krieg wünschen, um ihr Ziel einer Beherrschung der ganzen Welt zu erreichen.

Die amerikanische Antwort auf die Vorschläge Stalins wird, wie diplomatische Kreise annehmen, auf der in dieser Woche stattfindenden ersten Sitzung des neuen US-Außenministers Dean Acheson mit den fünf Botschaftern der Westunion in Washington erörtert werden. Die Antwort wird vermutlich eine Rückversicherung für die skandinavischen Länder und andere europäische Staaten, insbesondere Italien, Portugal und Irland darstellen aber der Sowjetunion gegenüber kühl sein.

Ein Sprecher des britischen Außenamtes erklärt, laut UP, Großbritannien sehe keinen Grund zu der Annahme, daß die Sowjetunion die Zusicherungen Stalins bei dem am Sonntag veröffentlichten Interview in die Tat umzusetzen beabsichtige. Die sowjetische Regierung habe seit den gescheiterten Moskauer Besprechungen im vergangenen Sommer nicht die geringste Anstrengung gemacht, um erneute Viermächtebesprechungen über Deutschland in die Wege zu leiten.

## SMV war völlig überrascht

BERLIN, 31. Jan. (DENA) Der sowjetischen Militärverwaltung nahestehende deutsche Kreise erklärten laut Reuter, daß das Stalin-Interview völlig überraschend gekommen sei. Es sei nunmehr nur logisch, fügten die gleichen Kreise hinzu, daß Präsident Truman den seinerzeit aufgegebenen Plan, Oberrichter Vinson als Sondergesandten nach Moskau zu schicken, erneut aufgreife. Der Kreml würde einen solchen Schritt begrüßen.

## Stockholm ist pessimistisch

STOCKHOLM, 31. Jan. (UP) Die Nachricht von dem Scheitern der Verteidigungskonferenz in Oslo wurde hier mit Pessimismus und Besorgnis aufgenommen. Man hatte gehofft, daß der schwedische Vorschlag auf Abschluß eines skandinavischen Verteidigungsbündnisses ohne Anlehnung an die Westmächte angenommen werde. In politischen Kreisen wird die Befürchtung ausgesprochen, daß eine engere Bindung Norwegens an die Westmächte eine Einschränkung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Schweden zur Folge haben könnte.

## Journalisten in Sowjethaft

BERLIN, 31. Jan. (DENA) Der Berliner Presseverband (UGO) forderte auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Freilassung aller von den Sowjets verhafteten Berliner Journalisten. In der Entschließung wird festgestellt, daß zum Beispiel der Mitarbeiter des „Tagesspiegel", Wolfgang Hanske, der Anfang September 1948 bei der Ausübung seines Berufes verhaftet wurde, noch immer ohne Recht und Gerichtsverhandlung festgehalten wird und die sowjetischen Behörden jede Auskunft über sein Verbleiben verweigern.

## „Besatzungsstatut wird früh genug übergeben"

**Konferenz der Militärgouverneure mit den Länderchefs der Bizone**

FRANKFURT, 31. Jan. (SAZ) Die Militärgouverneure hätten dahingehend Aeußerungen gemacht, daß das Besatzungsstatut auf jeden Fall den deutschen Stellen frühzeitig genug übergeben werde, erklärte Ministerpräsident Lüdemann im Anschluß an die Konferenz der Generale Clay und Robertson mit den Ministerpräsidenten der Bizone am Montag vor Pressevertretern. Die Besprechungen hätten bislang noch zu keiner Einigung geführt.

In der Konferenz wurde ferner das Flüchtlingsproblem behandelt, welches von den Militärgouverneuren als deutsche Angelegenheit bezeichnet wurde. Durch die angesetzte Dreierkommission werde man das Problem überprüfen lassen, erklärten die Generale. Zum Wahlgesetz äußerten sich die Militärgouverneure, daß man zunächst das Grundgesetz abwarten müsse, um entscheiden zu können, welches Wahlsystem für Westdeutschland geeignet sei.

Die großen Verluste für die deutsche Wirtschaft durch den Schmuggel an Deutschlands Grenzen wurden, wie schon in der letzten Konferenz, erneut erwähnt. Die Militärgouverneure betonten, daß nicht nur eine bessere Ueberwachung der Grenzen durchgeführt, sondern auch im Inland eine verstärkte Kontrolle eingesetzt werden müsse. Die Luftbrücke nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern weiter auszubauen, betonten die Militärgouverneure ganz eindeutig. Die tägliche Luftfracht solle sofort auf 3000 Tonnen erhöht werden.

Wie man aus Konferenzteilnehmer-Kreisen erfuhr, wurde über das Lastenausgleichgesetz zwar kurz gesprochen, doch eine Entscheidung noch nicht gefällt. Im Anschluß an eine Nachbesprechung bei General Robertson erklärte Ministerpräsident Arnold (NRW), daß diese Unterredung nur rein informatorischen Charakter über die allgemeine Lage in der britischen Zone gehabt habe. Dabei wurde unter anderem die Einfügung der Wirtschaft der britischen Zone in eine beabsichtigte trizonale Planung sowie die Getreideablieferung behandelt. We.

## Notlage der Wissenschaft

MANNHEIM, 31. Jan. (DENA) Der Leiter der Forschungslaboratorien der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, Dr. Walter Reppe, hat kürzlich in einem Brief an die Kultusminister der westdeutschen Länder eindringlich auf die finanzielle Notlage der wissenschaftlichen Forschung in Westdeutschland hingewiesen. Reppe warnt in seinem Schreiben vor den Folgen, die die gewaltigen Kürzungen der Etatmittel bei den Forschungsanstalten nach sich zögen. Trotz der großen Notlage, in der sich die staatlichen Kassen seit der Währungsreform befänden, könne man die Wissenschaft nicht nach Belieben zeitweise aufs tote Gleis schieben. Der Wissenschaftler müsse heute an die Leistungsfähigkeit des Nachwuchses und an die Fruchtbarkeit seiner Forschungsstätten Forderungen von noch nie dagewesenem Ausmaß stellen, die von keiner Regierung verkannt werden dürften. In zehn Jahren werde ein Drittel der schöpferisch tätigen Menschen in der Technik überaltert sein, und bis dahin müsse der Nachwuchs das Erbe angetreten haben.

## Britischer Anwalt verteidigt Max Reimann

**Kommunistische Demonstrationen vor dem Gerichtsgebäude**

DÜSSELDORF, 31. Jan. (DENA) Nach zweimaliger Terminverschiebung begann hier am Montag vor dem einfachen britischen Militärgericht der Prozeß gegen den Vorsitzenden der KPD in den Westzonen, Max Reimann. Reimann wird angeklagt, gegen die Verordnung Nummer 8 der Militärregierung verstoßen zu haben, die unter anderem vorsieht, daß in öffentlichen Aussprachen für Deutsche, die den Besatzungsmächten Hilfe oder Beihilfe leisten, keine nachteilige Behandlung gefordert werden darf. Reimann soll laut Anklage in einer Rede am 2. Januar erklärt haben, daß deutsche Politiker, die unter dem Ruhrstatut mit den Alliierten zusammenarbeiten, sich nicht wundern müßten, wenn sie als „Quislinge" betrachtet werden. Sie müßten eines Tages mit Repressalien rechnen. Reimann erklärte auf Anfrage des Richters sich als unschuldig.

Zu Verhandlungsbeginn hatte der englische Verteidiger Collard gegenüber der Anklage den Einspruch erhoben, daß, wenn die Verordnung Nr. 8 auch auf die deutschen Politiker ausgedehnt würde, die mit den Besatzungsmächten zusammenarbeiten, jede Kritik an ihrem Handeln untersagt wäre. Dies würde das Ende der Demokratie bedeuten, die in Deutschland errichtet werden soll.

Der britische Ankläger, Mr. Passmoore, wies darauf hin, daß Reimann insbesondere die Zusammenarbeit unter dem Ruhrstatut hervorgehoben habe. Wenn Deutsche, die zur Zusammenarbeit mit den Alliierten bereit sind, als Quislinge bezeichnet werden, würde das sehr entmutigend sein. Eine derartige Beschuldigung sei nicht als einfache oder schwere Kritik, sondern als unfaire Kritik anzusehen, die nicht erlaubt werden soll.

In der Nachmittagssitzung wurde die Verhandlung gegen Reimann zu Ende geführt, jedoch kein Urteil verkündet. Der Vorsitzende setzte die Urteilsverkündung auf Dienstagnachmittag an.

In seinem Plädoyer führte Collard u. a. aus, daß eine andere Ansicht als die, daß eine deutsche Mitarbeit am Ruhrstatut ein Dienst am deutschen Volke sei, nicht strafbar sein dürfe. Wenn eine Behörde bestimme, welche Ansicht man haben müsse und welche nicht, so sei das nicht das Ende der umfairen, sondern auch der fairen Kritik. Mit einem Schuldspruch träfe das Gericht gleichzeitig die Entscheidung, daß die deutschen Politiker nicht unabhängig, sondern Kollaborateure der Militärregierung sind.

Bereits Stunden vor Beginn der Verhandlung gegen Max Reimann waren die Zugangsstraßen zum Gericht von zahlreichen deutschen Polizisten und mit Barrieren in einem Umkreis von etwa hundert Metern abgesperrt. Nach 1½stündiger Verhandlungsdauer kam es beim Prozeß gegen Reimann jedoch schon zu Demonstrationen, die eine Unterbrechung der Verhandlung verursachten. Nach dem der KP-Vorsitzende das von starken Polizeikräften besetzte Gerichtsgebäude betreten hatte, sammelte sich vor dem Gerichtsgebäude eine Menschenmenge von mehreren hundert Personen, die vor dem Gericht auf- und abflutete. Einige Personen versuchten, Hochrufe auf Reimann und die Internationale anzustimmen, wurden jedoch von ihren gemäßigteren Genossen zunächst verprügelt und zur Ruhe aufgefordert. Nach einigen Minuten setzte sich aber der Wille der radikaleren Demonstranten durch, die die Internationale sangen.

## Vor einem Nervenkrieg in China?

**Li-Tsung-Jen lehnt die geforderte Bestrafung der „Kriegsverbrecher" ab**

NANKING, 31. Jan. (UP) Der chinesische Bürgerkrieg scheint sich jetzt in einen „Nervenkrieg" zu verwandeln, den die chinesischen Kommunisten gegen die nationalistische Regierung führen. Von keinem Frontabschnitt werden größere Kämpfe gemeldet, und es hat den Anschein, als ob die Kommunisten durch nichtmilitärische Mittel ihren Einfluß weiter ausbreiten wollen.

Wie es heißt, hat Präsident Li Tsung Jen die von den Kommunisten geforderte Bestrafung der „Kriegsverbrecher" infolge starker Opposition im nationalistischen Kabinett zurückweisen müssen. Wenn die Kommunisten ihre Haltung in diesem Punkt nicht mildern, ist die Aufnahme von Friedensverhandlungen gegenwärtig unwahrscheinlich.

Laut DENA-Reuter sollen sich führende Persönlichkeiten der chinesischen Nationalregierung, wie Taß erfuhr, gegenwärtig mit einem Plan zur Schaffung einer Million starken Armee südlich des Jangtse befassen. Wie der kommunistische Rundfunk in Nordchina aus maßgeblichen Kreisen erfahren haben will, soll Generalissimus Tschiang Kai-Schek vor seiner Abreise aus Nanking eine Zusammenkunft mit führenden Persönlichkeiten des Koumintang gehabt haben, in der beschlossen wurde, der Einleitung von Friedensverhandlungen zwar zuzustimmen, diese dann aber so zu führen, daß drei Monate dabei gewonnen würden. Während dieser Zeit solle dann die Armee aufgestellt werden.

Inzwischen sind kommunistische „Elite-Truppen zur Erhaltung des Friedens" unter den Klängen von „Befreiungsmärschen" feierlich in Peiping einmarschiert. Ueber eine Stunde lang bewegten sich Truppen durch die Stadt. Sie wurden von Studenten, Beamten und kommunistischen Organisationen, die die Straßen umsäumten, durch Zurufe begrüßt, während die Masse der Bevölkerung sich passiv verhielt.

## Verhandlung über Reparationen

LONDON, 31. Jan. (UP) Wie hier aus informierter Quelle verlautet, werden gegenwärtig in Berlin zwischen den Westmächten und der Sowjetunion Verhandlungen über die Verpflichtungen der vier Großmächte gegenüber der interalliierten Reparationsbehörde („IARA") geführt. Von den Westmächten veröffentlichte statistische Angaben lassen erkennen, daß die UdSSR mit ihren Zahlungen an die „IARA" stark in Rückstand geraten ist. Als Gegenleistung für Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen für die Schwerindustrie, die die Sowjetunion bereits erhalten hat, sollte sie Weizen, Erdöl und andere Waren in einem Gesamtwert von 37 Millionen Mark nach Deutschland senden. Bisher sind jedoch nur Gegenleistungen im Wert von sechs Millionen Mark eingelaufen.

## Personalurkunden aus Polen

FRANKFURT, 31. Jan. (DENA) Das polnische Generalkonsulat in Frankfurt teilt mit, daß es bereit ist, die Beschaffung von Personalurkunden nicht nur aus den polnisch verwalteten Ostgebieten, sondern aus allen Standesämtern in Polen zu vermitteln, falls diese Urkunden nicht während des Krieges abhanden gekommen sind. Das hessische Innenministerium hatte am 19. Januar bekanntgegeben, daß das Konsulat gegen eine Gebühr von 5 bis 50 DM bereit ist, bei der Beschaffung von Urkunden aus den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten zu helfen.

## Abt von Stift Neuburg ermordet

HEIDELBERG, 31. Jan. (DENA) Der frühere Abt des Stiftes Neuburg bei Heidelberg, Graf Adalbert von Neipperg, soll, wie DENA erfährt, kurz vor Weihnachten 1948 als Zivilgefangener in Jugoslawien ermordet worden sein. Ein ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener der den Leichnam von Neipperg selbst gesehen haben will, hat nach seiner Entlassung einen Salzburger Abt hiervon informiert, der seinerseits das Stift Neuburg benachrichtigte. Im Stift glaubt man an die Richtigkeit der Nachricht, da Adalbert von Neipperg seit Dezember vergangenen Jahres nicht mehr geschrieben hat.

## Geldfälscher verhaftet

ULM, 31. Jan. (UP) Drei DP.'s, eine Frau und zwei Männer, die sich im Besitz von 62 000 D-Mark in gefälschten Hundertmarkscheinen befanden, sind, wie die Polizei bekannt gab, am Montag verhaftet worden. Die Polizei äußerte die Ansicht, daß es sich bei bei den Verhafteten um Angehörige einer internationalen Bande handelt, die ihre Helfer in Frankreich und in Oesterreich hat und sich mit Falschmünzerei und Schmuggel befaßt.

## Dr. Schacht kam nicht

STUTTGART, 31. Jan. (SaZ) Zu der auf 31. Januar festgesetzten dritten Spruchkammerverhandlung gegen den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Hjalmar Schacht erschien weder der Betroffene noch sein langjähriger Verteidiger, Dr. Wolfgang Schwamberger. Nach der offiziellen Feststellung der Abwesenheit Schachts gab die Kammer dem Antrag des öffentlichen Klägers statt, die Verhandlung bis zum 14. Februar zu vertagen und einen Offizial-Verteidiger zu bestimmen. Sollte Schacht auch dann nicht Folge leisten, wird auf jeden Fall im Beisein des Pflichtverteidigers verhandelt werden. Bis zur erneuten Spruchverkündung gilt Schacht weiter nach dem Urteil der ersten Instanz als Hauptschuldiger. fz.

## Postpakete ins Saarland

FRANKFURT, 30. Jan. (Dena). Ab sofort nimmt die Post wieder Postpakete nach dem Saarland an. Den Paketen ist, wie die Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen mitteilte, eine Auslandspaketkarte und eine Zollinhaltserklärung in französischer Sprache beizufügen. Ueber die Gebühren erteilen die Postämter Auskunft.

## *Deutschland-Rundschau*

**VEREINTE WESTZONEN:**

**München.** (xh) Die bayrische Landespolizei konnte in diesen Tagen auf der Autobahn München—Salzburg einen Lastkraftwagen beschlagnahmen, der 457 000 amerikanische Zigaretten geladen hatte. — **Hamburg.** Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personen- und Lastkraftwagen wurden vier Personen getötet.

**FRANZÖSISCHE ZONE:**

**Freiburg** Beim Direktorium der Weltstastiiga in der französischen Zone sind seit Beginn des Jahres 600 Anträge auf Weltbürgerpässe bearbeitet worden.

**SOWJETZONE:**

**Jena.** Wegen Abwanderung der Professoren müssen die rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena und die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Halle geschlossen werden.

(Alle nicht gezeichneten Nachrichten: DENA)


BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 23 / Dienstag, 1. Februar 1949

## Der „Fall Bochum"

HAS. In der vergangenen Woche beendete der Urteilsspruch eines britischen Militärgerichtes den ersten Teil eines Verfahrens gegen sieben deutsche „Demontageverweigerer" in Bochum. Der zweite Teil soll durch den Berufungseinspruch der Verteidigung eingeleitet werden.

Warum es in diesem „Fall Bochum" geht, haben wir im Verlauf der Verhandlung unseren Lesern sehr ausführlich berichtet. Das britische Gericht stützte seine Anklage gegen die deutschen Arbeiter auf einen Demontagebefehl der Militärregierung, in dem der Abbau der Bochumer Gesenkschmiede angeordnet wurde. Schon die Tatsache, daß die Verhandlung vor einem einfachen Militärgericht stattfand, beweist eindeutig, daß von britischer Seite nur formale Gesichtspunkte, eben jene Befehlsverweigerung und die Ablehnung der ausgesprochenen Dienstverpflichtung, herangezogen worden waren, um damit ein Strafverfahren einzuleiten, das nach unserer Meinung als klarer Präzedenzfall gelten muß.

Während die Geschäftsleitung des „Bochumer Vereins" und der Leiter des Essener Arbeitsamtes in der Verhandlung ihrer Ueberzeugung Ausdruck gaben, daß weder der sogenannte Stirling-Befehl selbst eine klare Rechtsgrundlage für den Beginn der Gesenkschmieden-Demontage bildete noch sich die sieben betroffenen Arbeiter einer gültigen Dienstverpflichtung entzogen hätten, vertrat das britische Militärgericht in der Urteilsbegründung die Ansicht, die Angeklagten seien wissentlich einem Befehl der Militärregierung nicht gefolgt und daher schuldig.

Hier müssen zwangsläufig die Ueberlegungen nach den Ursachen dieser „absichtlichen" Nichtbefolgung eines Demontagebefehls einsetzen. Schließlich dürfte es heute in Deutschland wohl kaum noch ein Kind geben, dem das Recht der Besatzungsmächte, Befehle zu erlassen, nicht bekannt wäre. Allerdings wissen wir auch —, und in der amerikanischen Zone ist uns das besonders geläufig —, daß es für diese Befehle sichere, von den Besatzungsmächten selbst proklamierte, oder völkerrechtliche Grundsätze gibt, ohne deren Beachtung sogar solche Befehle unwirksam sein können. Wir verstehen es daher nicht, wenn in Bochum diese Voraussetzungen beinahe zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgemindert wurden.

Es wird gerade seit dem Ende des letzten Krieges sehr viel über das Völkerrecht gesprochen, wenn — Deutsche dagegen verstoßen haben. Nun, wir glauben, daß es ein Völkerrecht nicht geben kann, dessen Gültigkeit nur auf einzelne Nationen beschränkt bleibt. In jedem Fall aber ist es uns unverständlich, wenn ein Volk das Völkerrecht für sich und seine Besatzungszone als „nicht verbindlich" erklärt.

Die Rechte der Völker wurden bisher nicht in einem vollständigen Kodex festgelegt. Sie entwickelten sich im wesentlichen aus der gemeinsamen sittlichen Grundhaltung zumindest der freien Völker. Deshalb liegt ihre Bedeutung auch vor allem darin, daß sie als moralische Richtschnur für das Zusammenleben der Nationen untereinander den Weg weisen müssen. Wer von diesem Wege abweicht, läuft Gefahr, daß man ihm Absichten zuschreibt, die zu dem allgemeinen Rechtsempfinden der Völker im Widerspruch stehen.

Die Haager Landkriegsordnung kann als eine teilweise Kodifizierung des internationalen Rechtsempfindens gelten. Sie untersagt es, an ein besiegtes Land Forderungen zu stellen, denen es nicht folgen kann, ohne das sittliche Gefühl seines eigenen Volkes zu verletzen. Der Befehl zur Demontage von ausgesprochenen Friedensbetrieben steht diesem Gefühl entgegen. Man sollte es unserem Volke und seinen Staatsmännern durch einen „Fall Bochum" nicht unnötig schwer machen, nach einer durchlebten Diktatur wieder an den Wert des internationalen Rechtes zu glauben. Deshalb kommt dem Bochumer Urteil über die formaljuristische hinaus hohe politische Bedeutung zu.

# Das Verfahren der Volksabstimmung

**Der Entwurf des Innenministeriums als Diskussionsgrundlage — Äußerung der Fachministerien steht noch aus**

Nachdem die Presse in Württemberg-Baden darauf hinwies, daß noch keine Ausführungsbestimmungen zu Artikel 58 durch den Landtag erlassen wurden (vgl. SAZ Nr. 17), übergab nach 2¼ Jahren seit Inkrafttreten der Verfassung für Württemberg-Baden das Innenministerium in diesen Tagen einen Referenten-Entwurf zu einer Durchführungsverordnung zum Artikel 58 „über das Verfahren bei Volksabstimmungen" dem Staatsministerium zur weiteren Behandlung. Wir stellen diesen Entwurf hiermit zur Diskussion. Die Redaktion.

Die Verfassung sieht demnach die Volksabstimmung in folgenden Fällen vor:

1. Wenn 100 000 stimmberechtigte Staatsbürger im Wege des Volksbegehrens die Auflösung des Landtags verlangen (Art. 58, Abs. 1)

2. wenn die Landesregierung auf Antrag eines Drittels des Landtags die Volksabstimmung anordnet a) zur Abstimmung über ein vom Landtag beschlossenes Gesetz (Art. 53, Abs. 1), b) zur Abstimmung über ein von der Regierung beim Landtag eingebrachtes, von diesem aber abgelehntes Gesetz (Art. 83, Abs. 2);

3. wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags die Volksabstimmung über einen Antrag auf Aenderung der Verfassung beantragt (Art. 85, Abs. 3 der Verfassung).

Ein Gesetz über das Verfahren bei der Durchführung von Volksabstimmungen ist noch nicht erlassen worden. Nach dem Außerkrafttreten der Vorschriften der Weimarer Verfassung durch Erlaß der Landesverfassung könnten zwar weiterhin die früheren württembergischen und badischen Vorschriften angewandt werden, die aus den Jahren 1923 bzw. 1924 stammen. Die Unzweckmäßigkeit in ein und demselben Land eine Volksabstimmung auf Grund verschiedener Verordnungen vorzunehmen, liegt auf der Hand.

Der nunmehr dem Staatsministerium übergebene Entwurf eines Gesetzes über Volksabstimmungen stützt sich im wesentlichen auf die bisherigen Verfahrensgrundsätze, soweit sie nicht im Widerspruch zur Verfassung stehen. Da auch noch kein neues Landtags-Wahlgesetz besteht, mußten verschiedene Gebiete, die sonst durch das Landtagswahlgesetz zu regeln gewesen wären, wie z. B. Vorschriften über das Wahlrecht, die Stimmlisten, die Stimmabgabe usw., in dem vorliegenden Entwurf eingehend behandelt werden. Eine Erweiterung des Gesetzes gegenüber den bisherigen Gesetzen war auch deshalb notwendig, weil eine Reihe von Vorschriften, die nach der bisherigen Gesetzgebungs-Praxis den Durchführungs-Verordnungen überlassen werden konnten, nach den jetzigen Anschauungen über die Teilung der Staatsgewalt in die Gesetze aufgenommen werden mußte.

Der Artikel 1 und 2 regelt die Einteilung in Stimmkreise und Stimmbezirke. In den Art. 3—7 ist das Stimmrecht näher detailliert. Nicht nur Staatsbürger, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens ein Jahr in Württemberg-Baden wohnen, sondern auch deutsche Flüchtlinge, die seit mindestens einem Jahr ihren Wohnsitz im Staatsgebiet haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind stimmberechtigt. Ausgeschlossen sind die unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehenden Personen und solche, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, ebenfalls Hauptschuldige oder Belastete nach dem Gesetz 104. Im 3. Absatz des Gesetzes sind die Einzelheiten der Abstimmung bestimmt. Der Abstimmungstag wird nach Art. 8 von der Landesregierung festgesetzt, die von der Volksabstimmung zu unterstellenden Fragen müssen so gefaßt sein, daß sie mit Ja oder Nein beantwortet werden können. Abstimmungstag ist jeweils ein Sonntag. Im Artikel 10 werden die Gemeinden verpflichtet, die Stimmlisten aufzustellen. Der Artikel 11 umschreibt den Personenkreis, der auf Antrag einen Stimmschein erhalten kann. Zur Vorbereitung und Durchführung der Abstimmung sieht der Artikel 12 einen Landes-Abstimmungsausschuß und in jedem Stimmkreis (d. s. die kreisfreien Städte, sowie die Landkreise) einen Kreis-Abstimmungs-Ausschuß vor. Der Landes-Abstimmungs-Ausschuß mit dem Sitz Stuttgart besteht aus einem Landes-Abstimmungsleiter, 4—6 Beisitzern und ebenso vielen Stellvertretern, von denen der Vorsitzende aus dem Kreis der staatlichen Beamten, die übrigen Beisitzer aus dem Kreis der Abstimmungsberechtigten durch das Innenministerium berufen werden. Vorsitzende der Kreis-Abstimmungs-Ausschüsse sind jeweils die Oberbürgermeister bzw. Landräte, die Beisitzer sind wiederum aus dem Kreis der Stimmberechtigten. Nach Art. 18 hat jeder Stimmberechtigte die Pflicht zur Uebernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit eines Vorsitzenden oder Beisitzers, deren Stellvertreter oder Schriftführern, denen vom jeweiligen Arbeitgeber die erforderliche freie Zeit ohne Lohn- und Gehaltsabzug zu gewähren ist. Der Artikel 19 umschreibt den Personenkreis der die Berufung zur ehrenamtlichen Tätigkeit ablehnen darf. Es sind dies in erster Linie die Mitglieder der Regierung, des Landtages, sowie Landes-, Kreis- und Gemeindebeamten, die amtlich mit dem Vollzug des Abstimmungsgesetzes betraut sind. Außerdem Geistliche, Aerzte, Tierärzte, Apotheker, Hebammen und Stimmberechtigte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder infolge dringender beruflicher Tätigkeit oder Krankheit verhindert sind, das Amt ordnungsgemäß zu führen oder die sich aus zwingenden Gründen außerhalb des Wohnorts aufhalten. Die Ablehnung der Uebernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ohne gesetzlichen Grund kann nach Artikel 20 vom Innenministerium mit einer Ordnungsstrafe bis zum Betrag von 50.— DM belegt werden.

Die Gemeinden sind verpflichtet (Artikel 21) Abstimmungsräume und Personal zu stellen. Die Abstimmung erfolgt ausschließlich mit den amtlich hergestellten Stimmzetteln, die Abstimmungsumschläge müssen amtlich abgestempelt sein. Im Artikel 22, Abs. 2, wird das Innenministerium ermächtigt, die Verwendung mechanischer Geräte bei der Stimmabgabe und Stimmenzählung zuzulassen, sofern diese die Geheimhaltung der Abstimmung gewährleisten. (Diese Vorschrift wurde eingeführt, weil z. Zt. ein auch für die Volksabstimmung u. U. anwendbarer Apparat konstruiert wird, der mittels elektrischer Zählwerke die Stimmen im ganzen, wie auch gleichzeitig die auf die einzelnen Wahlvorschläge bzw. die Zustimmung oder Ablehnung bei Volksabstimmungen entfallenden Stimmen in einem Arbeitsgang zählt. Die Konstruktion befriedigt der dem Gesetz beigefügten Begründung zufolge zwar noch nicht; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß bis zu einer etwaigen Volksabstimmung eine zweckentsprechendere gefunden wird.) Nach Art. 23 darf die Stimme nur Ja oder Nein lauten, Zusätze sind unzulässig. Bei entsprechenden Vordrucken darf sich der Wähler auch mit einem Kreuz für Ja oder Nein entscheiden. Auch bei der Volksabstimmung hat der Stimmberechtigte seine Stimme persönlich abzugeben.

Der Landes-Abstimmungs-Ausschuß hat dem vorliegenden Entwurf zufolge das Gesamtergebnis sofort nach dessen Feststellung im Staatsanzeiger zu veröffentlichen. Im Artikel 31 ist die Öffentlichkeit des Verfahrens bestimmt.

Auf Anfechtung, zu der jeder Stimmberechtigte befugt ist, kann der Staatsgerichtshof die ganze Abstimmung wegen etwaiger Verletzung wesentlicher Vorschriften dieses Gesetzes für ungültig erklären, wenn anzunehmen ist, daß die Abstimmung bei vorschriftsmäßiger Durchführung des Verfahrens ein anderes Ergebnis erzielt hätte. Der Staatsgerichtshof kann die wiederholte Abstimmung auf einzelne Bezirke oder Kreise beschränken. Die Wiederholung soll nicht später als 6 Wochen nach der Hauptabstimmung erfolgen (Art. 22—35).

## Neues Beamtenrecht in Vorbereitung

**„Die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums ist notwendig"**

FRANKFURT, 31. Jan. (DENA) Der Leiter des Zweizonenpersonalamtes, Ministerialdirektor Dr. Kurt Oppler, erklärte vor der Presse, daß bei den bisherigen Beratungen über das in Vorbereitung befindliche neue Beamtenrecht für die Bizone alle Beteiligten übereinstimmend die Notwendigkeit anerkannt hätten, das Berufsbeamtentum aufrechtzuerhalten. Oppler gab diese Erklärung in einem Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen für die neue Personalgesetzgebung, die rund 750 000 Bedienstete der Zweizonenverwaltungen betreffen wird.

Der Gesamtkomplex der Personalgesetzgebung umfaßt nach der Darstellung Opplers im wesentlichen fünf Gesetze: Das Personalgesetz, das Disziplinargesetz, das Versorgungsgesetz und das Besoldungsgesetz, sowie schließlich als fünftes das bereits im Vorjahr verabschiedete Gesetz über das Personalamt. Das Personalgesetz, das zur Zeit im Beamtenrechtsausschuß des Wirtschaftsrates zur Beratung steht, wird nach Ansicht Opplers voraussichtlich in der nächsten Plenarsitzung im Februar in zweiter Lesung vom Wirtschaftsrat behandelt werden. Ueber die Hälfte aller Artikel sei bereits eine Einigung im Ausschuß erreicht worden. Die Frage der Anrechnung der Militärdienstzeit ist in diesem Gesetz nicht geregelt, sie bleibt einem Sondergesetz vorbehalten, in dem grundsätzlich alle Vorteile, die nach den alten Gesetzen durch abgeleistete Militärdienstzeit entstanden, beseitigt werden sollen.

Das Versorgungsgesetz, sagte Dr. Oppler, sei notwendig, weil im Personalgesetz nur grundsätzliche Bestimmungen über die Versorgungsansprüche enthalten seien. In das Gesetz ist die zweite Sparverordnung eingearbeitet worden. Eine Verschlechterung der Versorgung bringt das Gesetz insofern, als das Wartegeld um 5 Prozent, von 80 auf 75 Prozent, herabgesetzt worden ist. Außerdem wird die Versorgungsskala verändert, daß mit 28 Jahren ein Anspruch auf Pension nur in Höhe von 25 Prozent statt wie bisher in Höhe von 35 Prozent entsteht. Gleichzeitig entsteht der Anspruch auf die Höchstpension erst vom 60. Lebensjahr an, statt wie bisher vom 52. Jahr an. Von dieser Regelung werden nach den Ausführungen Dr. Opplers vor allem die Beamten der Reichsbahn betroffen werden, die nach der Statistik durchschnittlich ein verhältnismäßig niedriges Pensionsalter haben.

## OFFEN GESAGT...

*Herr J. S., Karlsruhe, schreibt uns zum Urteil im Bochumer Prozeß:*

„... Dies Urteil ist meiner Ansicht nach nicht nur ein Fehlurteil, wie man es anderen Ortes auszudrücken beliebte, sondern ein ausgewachsener Justizskandal! Es dreht sich nicht um die 2-monatige Haft, die den Arbeitern angehängt wurde, sondern es dreht sich um die Begründung. Besteht ein Völkerrecht oder nicht? Wenn ja, so muß es doch im Verkehr der Völker untereinander gebraucht werden. Ich kann mich gut erinnern, daß es vor Jahren in Nürnberg einen Prozeß gab, gegen Deutsche, die sich Vergehen gegen das „Völkerrecht" hatten zuschulden kommen lassen. Wenn es den Herren damals recht war, denn es wurde dort ja auch nicht nach deutschem Recht gearbeitet, so müßte es ihnen jetzt billig sein. Ob man will oder nicht, man bekommt den Eindruck, daß das „Völkerrecht" nur solange bindend ist, wie es den „Siegernationen" zur Erreichung ihrer Ziele gelegen kommt ..."

*Zu der durch das „Kulturpfennig-Gesetz" ausgelösten Debatte schreibt uns Herr E. Sch., Pforzheim:*

„Mit Entrüstung habe auch ich seinerzeit die Nachricht über die geplante Einführung des Kulturpfennigs zur Kenntnis genommen und mich in Ihre Protestliste eingetragen. Ich habe mich mit dem vollkommen in Ordnung gehenden Protest solidarisch erklärt. Nun sollte aber einmal Schluß gemacht werden mit den Artikeln über diese Angelegenheit, bis der Staatsgerichtshof entschieden hat. In Ihrer heutigen Ausgabe (Es handelt sich um Nr. 18 vom 25. 1. Die Red.) mußte ich wieder feststellen, daß in Form von Leitartikeln ein breiter Raum dafür eingenommen wurde. Wie Sie in Ihrem Artikel „Oeffentlichkeit und Rechtsstaat" schreiben, sollen sich Landtag und Regierung der Verantwortung gegenüber dem Volk ständig bewußt sein. Hier möchte ich zum Ausdruck bringen, daß auch die Presse sich nach der Meinung ihrer Leser richten sollte für die und von denen sie existiert. Ich glaube im Sinne der Mehrzahl der Leser zu sprechen, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß z. B. über die Einführung des ebenso ungesetzlichen Notopfers keine 5 Prozent des Raumes Ihrer Zeitung verwendet würde, wie über den Kulturpfennig. Dabei handelt es sich bei dem Notopfer um wesentlich höhere Abgaben. Können Sie angesichts dieser Tatsache den Lesern für übel nehmen, wenn diese auf den Gedanken kommen, daß die Presse aus reinem Egoismus so handelt? Der Leser kennt nicht nur die Nöte der Presse, sondern viel eher die anderen Nöte und Sorgen, mit denen er heute zu kämpfen hat. Hierfür sollte die Presse gleichermaßen Sprachrohr sein, nicht nur für ihre höchst eigenen Interessen."

*In diesem Falle sind die Interessen der Oeffentlichkeit zum Teil auch jene der Presse. In erster Linie aber geht es um grundsätzliche Fragen und nicht um die Nöte der Zeitungen. Wir wollen aber gerne den anderen Nöten unser verstärktes Interesse widmen und danken für jede Anregung. — Der Vergleich mit dem „Notopfer Berlin" erscheint uns nicht angebracht, da dieses Gesetz legal zustande kam, eine Zweizonen-Anordnung ist, und weil die Berliner Situation nicht auf der gleichen Ebene liegt wie die Theaterkrise in Württemberg-Baden.*
*Die Redaktion.*

Lizenz-Nummer US-WB 118. Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter. Stellvertretender Chefredakteur Heinz A. Dechent. Redaktionsmitglieder: Max Geisenheyner, Helmut Haag, Wilh. Hagenmeyer, Rudolf John, Hanns Mohn, Dr. W. Oberkampf, Otto P. Paefgen, Hildegard Pieritz, Adolf Rohrhirsch, Josef Werner. — Mit vollem Verfassernamen gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet, das Zitierungsrecht bleibt unberührt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. — Verlag: Süddeutsche Allgemeine Zeitungsverlag GmbH, Verlagsdirektor: Dipl.-Ing. Herbert Lohmeyer.

## WAS IST MIT Bratt?

**ROMAN VON BERT GEORGE**

28. Fortsetzung

Ich mußte beide Mordfälle durch eine andere Brille betrachten. Bisherige Voraussetzungen mußten fallen gelassen werden. Ich sah einen Weg.

Gegen Morgen übermannte mich die Müdigkeit. Ich beendete meine Arbeit, legte mich angekleidet auf meinen Diwan und hüllte mich in meine Reisedecke. So schlief ich bis acht Uhr.

Der nächste Tag war wohl einer der schlimmsten meines Lebens. Die Zeitungen besprachen die beiden in so rascher Aufeinanderfolge verübten Morde in einer für die Polizei recht gehässigen Form. Ohne zu bedenken, daß nur gewissenhafte und besonnene Nachforschungen Wert haben, drängten sie auf rasche Klärung der Verbrechen und Verhaftung der Mörder. Das konnten die ungeduldigen Journalisten leicht schreiben. — der Zustimmung des gesamten Publikums waren sie ja sicher. Was sollte die Polizei tun? Etwa zur Beschwichtigung der aufgeregten Gemüter das ganze Theater ins Gefängnis setzen? Man behauptete nämlich in den Zeitungen, der Täter müsse unbedingt im Theater sein. Schon aus diesem Grunde hätte es die Polizei leichter, als wenn sie ohne Ahnung wäre, wo sie zu suchen sollte. Aber all das war nur leeres Gerede, Zeitungsphantasie. Sollten wir unnütze Verhaftungen vornehmen? Bald würde sich deren Haltlosigkeit herausstellen und die Mißstimmung und Verwirrung im Publikum vergrößern. Wir durften uns durch die Sprache der Zeitungen nicht aus der Ruhe bringen lassen.

Schlimmer war, daß der Polizeipräsident selbst in unserem Büro erschien, um uns Vorhaltungen zu machen. Daß seine scharfen Worte dazu beitrugen, meine Stimmung zu verbessern, kann ich nicht behaupten.

Wie immer in solchen Fällen tragen natürlich die Beamten die Schuld, wenn die Entdeckung nicht schnell genug erfolgt. Es fehlt ihnen an Spürsinn und Initiative. Man braucht eben einen Sündenbock. Zu allem Unglück und um uns den letzten Rest Ruhe zu nehmen, kamen aus dem Ministerium in Berlin zwei hohe Funktionäre, die im Auftrag des Ministers Einblick in die Akten nahmen und denen ich ausführlichst Bericht über die beiden Morde im Theater erstatten mußte.

Mittlerweile verflossen kostbare Stunden, in denen man uns durch alten bürokratischen Kram an der Arbeit hinderte. Wie ich schon sagte, gedachte ich, eine andere Methode zu wählen, um ans Ziel zu kommen. Ein Gedanke hatte Raum in mir gewonnen und ließ mich nicht mehr los: plötzlich wehrte ich mich weiter gegen die Annahme, Bratts Tod und auch der von Rottmann sei durch eine Vergiftung mittels eines Getränkes oder einer Speise erfolgt. Mir war, als müßte ich diese für mich bisher unumstößliche Tatsache mit Argwohn betrachten. Zwar war mir unklar, auf welche andere Weise der Giftmord geschehen konnte, aber jedenfalls wollte ich mich nicht mehr mit den bisherigen Voraussetzungen, die mir nur Mißerfolg brachten, beschweren.

Es war notwendig, die Leiche Rottmanns zu konservieren, damit ich prüfen konnte, ob meine Fährte, die ich einschlug, die richtige war. Ich rief den Gerichtsarzt Dr. Schneider an:

„Lieber Doktor, haben Sie die Leiche des Schauspielers bereits obduziert?"

„Jawohl, heute früh."

„Ergebnis?"

„Vergiftung durch dasselbe Präparat wie im Falle Bratt."

„Wo befindet sich augenblicklich der Leichnam?"

„In der Halle am Friedhof. Nach den notwendigen Feststellungen und Formalitäten wird er freigegeben und beerdigt."

„Um Himmels willen, nein! Hören Sie Herr Doktor, ich bitte Sie folgendes zu veranlassen: Konservieren Sie den Leichnam einige Tage. Können Sie das tun?"

„Natürlich kann man das ohne weiteres, besonders jetzt im Winter."

„Und wollen Sie Vorsorge treffen, daß ich die Leiche jederzeit besichtigen kann?"

„Gewiß. Ich lasse sie von der Halle des Friedhofs ins anatomische Institut der Universität schaffen. Dort werde ich sie konservieren, und Sie können dann ungehindert in den Raum gehen, wo sie aufbewahrt liegt."

„Das ist gut. Nun weiter: Es ist notwendig, daß Sie mit dem aus dem extrahierten Giftstoff einige Experimente an lebenden Tieren machen, vielleicht an Kaninchen oder Hunden."

„Was wollen Sie dadurch erfahren?"

„Ich möchte wissen, ob das Gift eine augenblicklich tötende Wirkung hat, oder ob es einige Zeit braucht, um die Herzlähmung herbeizuführen. Wenn letzteres der Fall sein sollte, dann müssen Sie mir genau die Spanne Zeit bestimmen, die bis zum eingetretenen Tod verfließt."

„Ich verstehe Sie vollkommen. Ich lasse die Leiche sofort in die Anatomie befördern und nehme die notwendigen Experimente vor. Sie erhalten dann rasch Bescheid."

Fünf Uhr nachmittags.

Ich hatte mir vorgenommen, die zwei Menschen, auf denen augenblicklich der schwerste Verdacht ruhte, so rasch wie möglich zu verhören. Das waren der Garderobier Stefaneck und die Souffleuse, Frau Pohl. Zu dem Garderobier wollte ich nicht allein gehen. Ich hatte mir seine Wohnungsadresse verschafft und ersehen, daß er in einer üblen Gegend wohnte. So rief ich Keller an.

„Ich will jetzt gleich zu dem Garderobier Stefaneck und ihn in seiner Wohnung vernehmen. Hoffentlich ist er zu Hause, sonst müßte ich ihn nach der Vorstellung im Theater festnehmen. Kannst du mit mir kommen?"

„Gerne. Soll ich dich abholen?"

„Ja. Nimm ein Auto. Der Mann muß nämlich spätestens um sieben Uhr seinen Dienst im Theater antreten. Wer weiß, wie lange wir mit dem Jungen verhandeln. Schlimmstenfalls lasse ich ihn gar nicht mehr ins Theater, und wir schaffen ihn ins Gefängnis."

Zehn Minuten später waren wir unterwegs.

Der Wagen fuhr durch ärmliche Stadtviertel. Es war schon finster. Wenige Straßenlaternen und das Licht aus den kleinen Läden, in denen die Leute ihr Abendbrot kauften oder aus Wirtschaften, in denen spärliche Gäste saßen, erhellten die schmutzigen Straßen. Vor einer riesigen Mietskaserne hielt das Auto. Wir sprangen heraus.

„Hast du Handschellen bei dir?" fragte ich Keller.

„Vorsorglich wie immer;" er klopfte an seine Tasche.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

### In der Albtalbahn

Die Schreibmaschine ist ein nützlich Ding. Das wissen alle, die täglich mit dem Apparat zu tun haben. Aber auch den anderen ist es bekannt, wenngleich sie das Schreibgerät mitunter nicht ohne Scheu und Mißtrauen betrachten. Mit ihm sind nämlich alle die behördlichen Sachen geschrieben, von denen nur wenige eine gute Nachricht bringen. Zwischen Wertschätzung und kühler Reserviertheit also bewegt sich die Gefühlsskala der Menschen hinsichtlich der Schreibmaschine.

Es war weder Achtung, noch kühler Abstand, was der Herr zu seiner Schreibmaschine unterhielt, der dieser Tage mit der Albtalbahn in Richtung Ettlingen fuhr. Es war wie immer voll in dem guten Bähnchen, aber dem jungen Mann, einem etwas nervösen Kind unserer Zeit, gelang es doch, sich einen Platz zu sichern. Und dann breitete er sein Köfferchen auf den Knien aus, liebkoste es mit den Blicken — man konnte das richtig sehen — und war, während das Bähnchen noch durch die Bahnunterführung und dann den Berg hinauf über die Geleise des Güterbahnhofs stampfte, noch unschlüssig, was zu tun sei. Er blickte sich ein wenig scheu und schüchtern um, als wenn zu prüfen sei, ob ihn jemand beobachte. Als aber dann am Dammerstock die ersten Fahrgäste ausgestiegen waren, faßte er Mut. Faßte Mut und entkleidete sein Schreibgerät der Umhüllung. Ein blitzblankes Schreibmaschinchen, ein Liliputstück eigentlich seiner Gattung, kam zum Vorschein, das von seinem Besitzer nun tatsächlich, es war kein Zweifel, auch mit den Händen gestreichelt wurde. Und als dieses Präludium beendet war, wurde ein Bogen weißen Papiers eingespannt. Dann wurde geschrieben. Erst langsam und bedächtig, wie um das Echo dieser so seltsamen Unternehmung bei den Mitreisenden festzustellen, dann aber unbeirrt und zielbewußt. Die anderen Menschen, die bösen, lächelten, lachten und machten Witze, der Schaffner meinte, so etwas habe er in seiner 28jährigen Praxis noch nicht erlebt. Indessen sah und hörte der junge Mann von all dem nichts. Schrieb und schrieb und war sichtbar in der intimsten Unterhaltung mit seiner Maschine. Oder irgendeinem(r) Unbekannten.

In Ettlingen klappte der Herr, nun offenkundig vergnügt und befriedigt, sein Maschinchen wieder zu und stieg aus. Ein junger Mann in seiner tiefen Verehrung zu einer Schreibmaschine hat es fertiggebracht, alle albtalbähnliche Tradition über Bord zu werfen. jw.

---

**123 Kraftfahrzeugführer angezeigt**

Von der Verkehrspolizei wurden in der vorletzten Woche 250 Kraftfahrzeuge kontrolliert und 123 Kraftfahrzeugführer von der Verkehrsbereitschaft und dem Revierdienst wegen verkehrswidrigen Verhaltens oder wegen Verstoßes gegen Verkehrsvorschriften zur Anzeige gebracht. In derselben Woche ereigneten sich 16 Verkehrsunfälle (5 Verletzte, 11 Sachschäden). Wegen verkehrswidrigen Verhaltens gelangen 145 Personen zur Anzeige, davon 127 Radfahrer, 28 Personen wegen Abspringens von der Straßenbahn. :)

## „So geht es uns heimgekehrten Kriegsgefangenen!"

**Offener Brief eines Karlsruher Heimkehrers an die Behörden**

Die Öffentlichkeit und die Behörden eindringlich auf die schwere Lage hinzuweisen, in der sich viele heimgekehrte Kriegsgefangenen befinden, ist der Zweck des nachstehenden Offenen Briefes. Wir veröffentlichen ihn, weil der Verfasser hierin die letzte Möglichkeit sieht, daß ihm und Hunderten seiner Schicksalsgefährten die dringend notwendige Hilfe zuteil wird. Die Redaktion.

Nach fast vierjähriger Kriegsgefangenschaft bin ich im Januar in meine Heimatstadt Karlsruhe zurückgekehrt. Ich habe die Eltern verloren und bin totalfliegergeschädigt. Jetzt wohne ich bei meiner Schwester, die mich betreut. Aber das neue bürgerliche Leben kostet sehr viel Geld. Wohl sind die Behörden wie Wirtschafts-, Ernährungs- und Gesundheitsamt und andere gegenüber uns Heimkehrern sehr zuvorkommend. Aber nach dem ich mich acht Tage lang bei verschiedenen Banken bemüht hatte, sagte man mir höflich, daß für Heimkehrer ab 1. 1. 49 kein Kopfgeld mehr ausbezahlt werden kann. Was die Währungsreform bei meinem kleinen Sparguthaben angerichtet hat, brauche ich nicht zu erwähnen, das haben Millionen einfacher Menschen unseres Volkes selbst erfahren. — Auf dem Kriegsschädenamt vertröstete man mich höflich auf die Zeit nach dem Lastenausgleichsgesetz und schickte mich zur Städtischen Wohlfahrtsverwaltung. Dort erhielt ich einen neuen Antrag, mit dem ich fünf weitere Ämter besuchen soll. Das ist ein kleiner Ausschnitt aus den „Laufereien", die mich ein Paar Schuhsohlen kosten und immer noch kein Geld eingebracht haben. Meine 150 Punkte sind noch vollzählig in meinem Besitz, denn die 50 DM Entlassungsgeld sind längst alle. Die größte Leistung in der „Betreuung" hat dann doch die Badische Landesversicherungsanstalt vollbracht. Vorher sei noch erwähnt, daß ich seit einem Jahr Herzbeschwerden habe, wohl die Folge meines Arbeitseinsatzes in einem Bergwerk. Nachdem ich Mitte Januar meine Anträge abgegeben hatte, erhielt ich jetzt ein vom 24. 1. datiertes Schreiben, nach dem ich mich am 17. 2. zur Untersuchung vorstellen kann. Daß es sich hier nicht um einen Irrtum handelt, beweist die Tatsache, daß das Datum noch mit Rotstift unterstrichen ist. Die Badische Landesversicherung rechnet wohl damit, daß a) die Herzbeschwerden nach fünf Wochen besser sind, b) sich der Gesundheitszustand sowieso allgemein gebessert habe, weil die Angehörigen den Heimkehrer selbstverständlich liebevoll umsorgen, c) daß dadurch eine Rentenzahlung und ärztliche Betreuungskosten gespart werden.

So geht es uns heimgekehrten Kriegsgefangenen, die jahrlang für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden im fremden Land gearbeitet haben und den Willen zum Aufbau mit in die Heimat bringen. Ich erlaube mir daher zu fragen, wie eine solche Haltung der Behörden einmal mit den Erklärungen führender westdeutscher Politiker übereinstimmt, die seit Jahren die Rückkehr der Kriegsgefangenen forderten, und insbesondere mit den Worten unseres Oberbürgermeisters, der uns im Heimkehrerlager Ulm freundlicherweise ein Begrüßungsschreiben überreichen ließ, in dem es heißt: „Die Stadtverwaltung hat Vorsorge getroffen und die in Frage kommenden Dienststellen und Ämter angewiesen, euch den Weg ins bürgerliche Leben soweit als möglich zu erleichtern."

Mit dem letzten Rest von Vertrauen wende ich mich mit diesen Zeilen an die Behörden und frage, ob wir das Opfer der Bürokratie werden müssen? Kann man nicht uns heimgekehrten Kriegsgefangenen zumindest eine einmalige finanzielle Unterstützung zuteil werden lassen, nachdem der Staat doch auch für unsere ehemaligen Generale Pensionsgelder übrig hat? Besonders aber von der Landesversicherungsanstalt Baden erwarte ich eine schnelle und wirkliche Betreuung.

gez. Artur Laible,
Karlsruhe, Laubenweg 37

## Siegesfeier mit Schwarzschlachtung

Die Meisterschaft des Linkenheimer Fußballvereins sollte gefeiert werden, nicht etwa mit Büchsenfleisch aus Brühe, Haut und Zähnen. Das wäre einer solchen Siegesfeier nicht würdig gewesen. Die drei Metzger-Wirte Friedrich H., Friedrich M. und Gottlob K. als langjährige Vereinsmitglieder waren auch für Frischfleisch. Von einem Bauern kauften sie im Februar ein sechs Zentner schweres Rind für 1000 RM. Angeblich trug es ein Wasserkalb und mußte deshalb alsbald geschlachtet werden. In den Räumen der Wirte stieg nach der Schlachtung eine dreitägige Feier, an der die Mehrzahl der Mitglieder mit Kind und Kegel teilnahm: der einzelne verzehrte 1/2 bis 1 1/2 Pfund in Form von Bratwürsten, die zum normalen Preis und gegen Marken verkauft wurden. Die Wirte kamen, wenn die Metzger vielleicht auch nichts verdienten, schon auf ihre Kosten, denn es soll auch Wein getrunken worden sein...

Für die drei Metzger hatte die Feier ein Nachspiel vor dem Einzelrichter. Die Bescheinigung des Tierarztes wurde erst drei Tage, nachdem die Polizei bereits mit den Vernehmungen wegen der Schwarzschlachtung begonnen hatte, eingeholt. Wäre dies früher geschehen, so wäre das Frischfleisch den Karlsruher Krankenanstalten statt dem Fußballverein zugute gekommen. Von einer Notschlachtung konnte keine Rede sein. Die Schlachtausbeute wurde von den Metzgern geteilt: jeder erhielt 50 bis 60 kg Fleisch. Was die Fußballer nicht verzehrten, wurde im Laden verkauft. Es sprach zu Gunsten der Angeklagten, daß sie bestrebt waren, das Fleisch ihrem Fußballverein zukommen zu lassen und sie nicht wie sonst bei Schwarzschlächtern üblich, das Fleisch auf dem Schwarzen Markt zu Ueberpreisen abgesetzt haben. Das Urteil lautete auf je drei Monate Gefängnis. ()

## Keine Aufnahmen mehr fürs Sommersemester

**TH nimmt Bewertungen für das Wintersemester noch bis 1. 3. 1949 an**

Vom Presseamt der Technischen Hochschule wird uns geschrieben: Die Technische Hochschule Karlsruhe hat nach der letzten Zählung 4072 Studierende. Sie hat damit wieder einmal die an ihr bekannte Gastlichkeit und ihr Verständnis für die heutige Bewerbergeneration in besonderem Maße bewiesen. Begreiflicherweise ist es ihr nicht möglich, die in jedem Semester sich neumeldenden Studienbewerber, auch wenn sie die Aufnahmebedingungen voll erfüllen, sofort zum Studium zuzulassen. Es kann nur nach Maßgabe des verfügbaren Platzes jeweils ein kleiner Teil sofort aufgenommen werden, während der größere Teil der Bewerber vor die Wahl gestellt ist, entweder die Wartezeit so gut wie möglich auszunutzen, z. B. durch eine regelrechte Facharbeiterlehre, oder sich einem anderen Berufe zuzuwenden. Die Auslese der Aufgenommenen geschieht mit menschenmöglicher Gerechtigkeit nach bewährten Grundsätzen.

Die Aufnahme für das Sommersemester 1949, zu dem der Anmeldetermin bereits am 1. 10. 1948 abgelaufen war, sind abgeschlossen und weitere, wenn auch noch so dringende Bewerbungen sind zwecklos. Die Bewerbungen für das im Oktober 1949 beginnende Wintersemester 1949/50 müssen bis 1. 3. 49 eingereicht sein, die Bewerbungen für das Sommersemester 1950 bis 1. 10. 1949. Die Fakultät für Maschinenbau und Elektrotechnik der Karlsruher Technischen Hochschule nimmt nur im Sommersemester neueintretende Studierende auf, die Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen nur im Wintersemester. Studierende des Maschinenbaus und der Elektrotechnik müssen ein mindestens halbjähriges Praktikum vor dem Studienbeginn nachweisen. Sämtliche neueintretenden Studierenden sind zur Ableistung eines zur Zeit auf 1000 Stunden festgesetzten Aufbaudienstes an unserer Hochschule vor Studienbeginn verpflichtet. Interessenten werden vom Sekretariat Merkblätter zugesandt, in denen alle Einzelfragen ausführlich behandelt sind. T.H.

### Leserzuschriften

**Der Normalverbraucher ist der Leidtragende**

Zu dem vor einiger Zeit bei uns erschienenen Artikel „Wieder Schlangestehen um das tägliche Brot" erhielten wir eine Leserzuschrift, der wir nachstehend auszugsweise einige bemerkenswerte Gedanken entnehmen:

Vom Leiter des Landwirtschaftsamtes wurde zur Frage des augenblicklichen Mehlmangels eine Darstellung gegeben, die den Tatsachen nicht entspricht. Die Bauern haben nach der Ernte 1948 laufend Weizen zum Schwarzmarktpreis von 30 DM und 40 DM pro Zentner verkauft. Von den Behörden wurde dieser Zustand bis Ende Oktober stillschweigend geduldet. Ich habe einen Beamten der Landespolizei im Kreis Sinsheim a. d. E. auf diese Treiben der Bauern aufmerksam gemacht und darauf zur Antwort erhalten, es gäbe keine gesetzlichen Grundlagen, hiergegen einzuschreiten. Der Landtag vertritt hierzu die Auffassung, daß durch die versäumte Klarstellung über Weiterführung und Ausmaß der Bewirtschaftung der Lebensmittel insbesondere des Brotgetreides von seiten der Frankfurter Behörden viele Tonnen Getreide der Bewirtschaftung entzogen wurden. Hier sieht man klar und deutlich, daß eine Behörde immer die Schuld auf eine andere zu schieben versucht, während vor allem der Normalverbraucher unter diesen Dingen zu leiden hat. M. M.

**Geographie schwach**

Wir sind in den vergangenen Jahren alle durch die Entnazifizierungsmühle geschleust worden. Die Sache kostete viel Geld, und man kann nur von Glück reden, daß die angeordnete Aktion sich in der Hauptsache auf die Reichsmarkzeit erstreckte. Widrigenfalls sich der Berliner Pseudobriefmarke und dem Kulturpfennig mit Sicherheit noch ein Entnazifizierungsgroschen beigesellt hätte.

„Betroffener im Sinne des Gesetzes" war auch der, der dies schreibt. Vor zwei Jahren wurde ihm bestätigt, er sei amnestiert. Daß dies ein großer Irrtum war, erwies sich jetzt, als unverhofft und ungebeten ein Schreiben des Badischen Staatskommissariats für politische Säuberung in Freiburg — gegen eine Nachgebühr von 20 Pfennigen — ins Haus gebracht wurde, in dem unter der Ueberschrift „Säuberungsbescheinigung — Certificat d'Epuration" klar zu lesen steht, der Betroffene sei Mitläufer („Sympathisant") und Begünstigter der Verordnung 133 vom 17. November 1947. Die Entscheidung lautet „Keine Sühnemaßnahmen", doch liegt vorsorglich ein Zettelchen bei, wonach eine Verwaltungsgebühr von 10 DM zu zahlen sei.

Man hat, dies muß hinzugefügt werden, nie in Südbaden gewohnt, war dort nie polizeilich gemeldet, hat dort allerdings irgendwann mal aus beruflichen Gründen einen Fragebogen abgeben müssen. Um der 10 DM nicht verlustig zu gehen, verlegte das Südbadische Säuberungskommissariat den damals gemeldeten Wohnsitz Ettlingen flugs in den Landkreis Rastatt (Jawohl, so steht's auf Briefumschlag und Originalschreiben) und die Sache war o.k.

Daß die Herren in Südbaden imperialistische Ziele in Richtung Ettlingen und Karlsruhe hätten, wird man wohl kaum unterstellen können. Aber man wird die Leute vielleicht etwas über badische Geographie unterrichten müssen. F. R.

## Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

**Die Auswirkung des Lastenausgleichs.** Wir weisen nochmals auf den am 2. 2., um 19.30 Uhr, in der Festhalle Durlach stattfindenden Vortrag des Landesfinanzamtspräsidenten Dr. Nikolaus hin.

**Ueber „Aktuelle Fragen der Finanzpolitik"** spricht auf Einladung der Industrie- und Handelskammer der Direktor der Verwaltung für Finanzen, Hartmann, am 4. 2., um 20 Uhr, im Bonifatiussaal.

**Die SAZ gratuliert.** Die Eheleute Martin Löffelmann, K'he-Knielingen, Eggensteinerstraße 3, konnten am 30. 1. 49, und die Eheleute Heinrich Zurnieden, Ludwig-Marum-Str. 42, am 31. 1. 1949 das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Die Eheleute Heinrich Kolb, Bahnhofsvorsteher i. R., Khe.-Grünwinkel, Mahlbergstr. 66, können am 2. 2. 49 bei körperlicher und geistiger Rüstigkeit ihre goldene Hochzeit feiern.

---

## „BUTTERFLY" IM STAATSTHEATER

Sei es nun die „Tosca", die „Bohème" oder die soeben in Neuinszenierung herausgebrachte „Madame Butterfly", allen diesen Werken ist die die Puccini-Musik so bestimmende Atmosphäre eines in höchster Klangsinnlichkeit schwelgenden Orchesters zu eigen. Puccini ist der Meister der musikalischen Konvention, die durch reizvolle Verbindung französischer Eleganz mit der blutvollen italienischen Cantilene ihr bestrickendes Gesicht erhält. Dabei wird allerdings nicht selten die Grenze der Süßlichkeit gestreift. Von dieser Empfindung mag sich Heinz-Gerh. Zircher in seinem Bühnenbild, dem ein Landschaftsprojekt von „Hokusai" zugrunde liegt, und den Kostümentwürfen, die etwas farblos und dumpf tönen, geleitet haben lassen. Rötlich, blau und in dunklen Farben beleuchtet, gewinnen die Landschaft und das zweifach aufgeteilte japanische Kartenhaus die erforderliche magische Bühnenwirksamkeit. In der Bestrahlung gelblich hellen Lichts dagegen geht dieses Fluidum verloren, weshalb das mit so viel Schwung gezeichnete, aparte Landschaftspanorama bei dem Betrachtenden einen kühlen Eindruck hinterläßt.

Anders Otto Matzerath, der, wieder merklich frisch erholt, mit lebhafter, weit ausholender Armgebärde und virtuosem Taktschlag dirigierend, die musikalische Leitung hatte. Ihm ging es um das, was Puccini will und ist: um den rassereinen Italiener, der nicht klügelt und spintisiert, sondern frei aus dem Empfinden heraus musiziert; um die Puccinische Melodik, die zwar nicht allzu tief ist, aber in ihrer feingeschwungenen Schönheitslinie und ihrer romantischen Leichtigkeit alle Farben des italienischen Himmels widerspiegelt; vor allem aber um Dynamik und Durchsichtigkeit des Orchesterklanges, der in den Tutti-Steigerungsmomenten den Sängern zwar manchmal eine ziemlich hohe, aber doch nicht unüberwindbare Wand hinsetzt. Herrlich diese Glut und dieses Feuer, das Matzerath aus dem Orchester, das einen großen Tag hatte, herauszuholen verstand. Hätte doch der Chor nur auch etwas von dieser Temperatur und Leichtigkeit gehabt!

Matzeraths Intentionen kam vielleicht Helene Bader am meisten entgegen. Die besondere Note der Puccini-Musik, nervöse, mit raffiniertem Geschick auf das weibliche Gefühlsleben eingestellte Stimmungskunst zu sein, war wenigstens von ihr spürbar gedeutet worden und trat gesanglich wie auch in ihrem stets ausdrucksreichen, wechselvollen Spiel sichtbar in Erscheinung. Trotzdem: die Butterfly ist sie nicht. Sie ist figürlich zu groß, ebenso wie Melanie Geißler, die als Suzuki zu streng und nicht biegsam und zierlich genug war. Wenn solche Darstellungsfaktoren fehlen, erschöpft sich das Gesangsbild dieser Suzuki beinahe nur auf das eine, den zweiten Akt abschließende Duett „Mit vollen Händen streu'n wir". Und das ist etwas wenig.

Einen sehr gewinnenden, sympathischen Eindruck empfingen wir von der warmen, männlich kräftigen und resonanten Stimme des Gastes Adam Fendt, den wir als Linkerton lieber hörten als sahen. Seine Bühnenunsicherheit war bedauerlicherweise mitunter so offensichtlich, daß sie, vom Gesamtbild her und rein optisch gesehen, manche Steigerungsaugenblicke, wie zum Beispiel die von der Butterfly intonierte Liebesarie im ersten Akt um ihre gewünschte Schlußwirkung brachte. Was man an Haltung, Auftritt und diplomatischer Gestik von einem amerikanischen Konsul erwarten kann, erfüllte Eugen Ramponi mit geschmeidig konventioneller Form, eben so gut, wie es das etwas schwache Textbuch in seiner ungeschickten Uebersetzung von Alfred Brüggemann zuläßt. Seine dunkelfarbige, frische Baritonstimme war besonders in dem Anfangsdialog zu A. Fendts Tenor von wohltuender Gegensätzlichkeit.

Der Regie, die in den Händen von Fritz Dittgen a. G. lag, können wir diesmal nur den letzten Platz einräumen. Puccinis an Instrumentaleffekten schier unerschöpfliche Musik mit ihren verblüffenden Quintenfolgen, ihren sensiblen Harmoniefortschreitungen und lockeren Septimenklängen, die ebenso wie seine eigenartige Rhythmik einem inneren Bedürfnis nach psychologischer Harmonik entspringen, verlangt geradezu einen stimmungsvollen Hintergrund, einen bühnenwirksamen Spiegel als szenische Untermalung. Doch davon war nicht viel zu bemerken. All die kleinen Dinge zu beanstanden, die das Große ausmachen, würde hier zu weit führen. Festgestellt sei indessen, daß man dem fluchenden und offensichtlich reichen und mächtigen Onkel Bonze (Fr. Schuster) auch die entsprechende dramatische Auftrittsmöglichkeit geben muß, daß man — was allerdings auch in das Gebiet des musikalischen Leiters fällt — die Rolle der Kate Linkerton (Ilse Mengis) bis auf ihr Erscheinen in den Garten zurückstreichen sollte (die paar unbeholfenen Worte, die sie zu sagen oder zu singen hat, hinterlassen doch nur immer einen blassen und weinerlichen Eindruck) und daß, wie gesagt, die ganze szenische Gestaltung aus dem Geiste der filigranen Klangempfindung Puccinis heraus ein lebhafteres Gewand tragen könnte.

Abschließend noch eine interessante Anmerkung, die uns in das Jahr 1889 zurückführt und Kunde davon gibt, welcher Art der Theaterskandal war, der damals, bei der Uraufführung der „Butterfly" in der Mailänder Scala, stattgefunden hat. In der Musikzeitschrift „Musica e musicisti" heißt es da: „Grunzen, Blöken, Brüllen, Gelächter, Elefantengeschrei, Hohngejohle und da-capo-Rufe". — In unseren gemäßigteren Zonen pflegt sich so etwas meistens auf da-capo-Rufe zu beschränken. W. Röse

### KÖHLER-HELFFRICH GEHT NACH WIESBADEN

Intendant Heinrich Köhler-Helffrich wurde vom hessischen Kultusministerium für die nächste Spielzeit zum Intendanten des Hessischen Staatstheaters Wiesbaden ernannt. Köhler-Helffrich hat die Berufung angenommen.

*

Damit ist die Frage nach dem Intendanten des Badischen Staatstheaters wieder völlig offen. Es bleibt aus den bereits in unserer Samstagausgabe umrissenen Gründen nur zu hoffen, daß die Suchaktion nach dem neuen Mann dadurch nicht wieder von vorn beginnen wird, sondern daß die Wahl nun in allernächster Zukunft stattfinden wird. -g.

**IM STAATSTHEATER...**

wird heute im Großen Haus um 19.30 Uhr „Hoffmanns Erzählungen" von Jacques Offenbach wiederholt.

*

**Otto Matzerath** wurde eingeladen, ein Konzert der Münchener Philharmoniker zu dirigieren.

**Munzsches Konservatorium.** Staatskonzertmeister Ottomar Voigt, der am Munzschen Konservatorium eine Sonderausbildungsklasse für Violinspiel leitet, wird einem allgemeinen Wunsche nachkommen und an der Anstalt eine Kammermusikklasse eröffnen. Anmeldung, auch von Musikfreunden und Gästen, im Sekretariat.

Palast-Lichtspiele:

**„ZWEI GLÜCKLICHE MENSCHEN"**

...spielen Magda Schneider und Wolf Albach-Retty in diesem alten deutschen Film und demonstrieren damit in anspruchsloser, allgemeinverständlicher und gefälliger Weise, wieviel weniger Umstände doch die Menschen unserer nicht so glücklichen Zeit zu machen pflegen, um glücklich zu sein. H. H.

---

**AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM**

**Dienstag, 1. Februar**

**Stuttgart:** 12.00 Landfunk; 14.00 Schulfunk: Das Gedicht; 14.30 Wirtschaftsfragen; 14.45 Jeder lernt Englisch; 15.00 Balalaika-Musik; 15.45 Zum 75. Geburtstag H. v. Hofmannsthals (Dr. A. Neutsch); 17.00 Herzkrankheiten — Entstehung und Behandlung (Dr. E. Bettac); 17.15 Sonate a-moll op. 5 Nr. 2 f. Cello u. Klav., aus d. 2 Bagatellen f. Klav. op. 33 v. Beethoven; 18.00 Für d. Frau; 18.15 Jugendfunk; 20.00 Symph.-Konz.: Symph. G-dur Nr. 100 v. Haydn, Konzertarie „Perfida" v. Mozart, Konz. f. Violine u. Orch. in D-dur v. Strawinsky, „Der Zauberlehrling" v. P. Dukas; 21.15 „Modezauber", heiteres Funkbrettl; 22.00 Tanzmusik; 22.50 Badischer Theaterbericht; 23.00 Stuttgarter Komponisten: Symph. von J. Dünnwald, Streichquartett in einem Satz v. E. Ade, Tanzsuite v. H. Löffler. — **Südwestfunk:** 20.45 Hörspiel: „Die besseren Leute" v. F. Londsdale. — **Nordwestdeutscher Rundfunk:** 20.00 Musik u. Dichtung d. Rokoko.

**Nachtfröste**

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Mittwochfrüh: Am Dienstag wechselnd, meist stärker bewölkt, vormittags vorübergehend leichte Niederschläge möglich. Höchsttemperatur 0 bis 3 Grad. Nacht zum Mittwoch wolkig, stellenweise aufheiternd. Fröste bis etwa minus 4 Grad. Nordwestliche Luftzufuhr.

**Rheinwasserstände vom 31. Januar 1949**

Konstanz 250 (—2); Breisach 60 (—5); Kehl 153 (—2); Maxau 323 (—4); Mannheim 170 (—7); Caub 120 (—2).



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Bunte Kurznachrichten aus Südwestdeutschland

### Oesterreich interessiert sich für den Bodensee

**Konstanz** (T). In seiner Eigenschaft als Präsident des Vorarlberger Rheinschiffahrtsverbandes erklärte Altbundeskanzler Dr. Ender, daß Oesterreich die Vorteile der Schiffbarmachung des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee keineswegs übersehe. Dr. Ender trat für die Einsetzung von Beträgen im österreichischen Staatshaushalt zum Bau eines Kanfhafens am Bodensee ein.

### SOS auf dem Bodensee

**Konstanz.** (br). Infolge ungünstiger Sichtverhältnisse lief das Motorschiff „Mainau" innerhalb kurzer Zeit zweimal auf Grund. In jedem Fall mußte das Schiff freigeschleppt werden und erreichte den Hafen erst nach mehrstündiger Verspätung.

### „Hitler und ich" unerwünscht

**Konstanz.** (T). Die Wochenzeitung „Sieben Tage", die in Konstanz verlegt wird, hatte mit der Veröffentlichung der Memoiren von Otto Strasser „Hitler und ich" begonnen. Ein großer Teil der Leserschaft mißbilligte jedoch die Artikelreihe, so daß sich die Redaktion zur Einstellung des Abdruckes genötigt sah.

### Löcher — als Exportauftrag

**Idar-Oberstein.** (ts). Gegen einen Verarbeitungswert von 1950 Dollar erhielt die Fa. Ernst Krieger in Idar-Oberstein, dem Sitz der Edel- und Halbedelsteinindustrie in der französischen Zone, von einer New Yorker Firma den nicht alltäglichen Auftrag, in 25 000 gelieferte Achatsteine je zwei Löcher zu bohren und eine Vertiefung von 40 mm auszuschneiden. Die Steine sollen als Kleiderschmuck dienen.

### Triebwagen auf Wildschweinjagd?

**Sigmaringen.** (br). Ein Triebwagen der Hohenzollerischen Landesbahn fuhr bei Jungnau in ein Rudel von 50 Wildschweinen. Acht Tiere blieben „auf der Strecke".

### Prof. Dr. Schweitzer aus Afrika zurück

**Königsfeld**/Schwarzwald. (br). Prof. Dr. Albert Schweitzer, der Verfasser bedeutender philosophischer und theologischer Werke, ist aus Französisch-Aequatorialafrika kommend, wo er als Kolonialarzt tätig war, hier eingetroffen. Seine Gattin Helene Schweitzer, die ihn auf seinen Fahrten durch Afrika begleitet hat, feiert ihren 70. Geburtstag. Dr. Schweitzer wird in seinem Königsfelder Heim Wohnung nehmen.

### Schmieröl für 20 DM

**Freiburg.** (T). In Freiburger Geschäften war der gutgläubigen Kundschaft als kräuterhaltiges Salatöl ein Paraffinöl, das sich bestenfalls zum Schmieren von Maschinen eignet, zum Preise von 20.— DM je Liter angeboten worden. Das Chemische Untersuchungsamt, dem Proben dieses Oels zur Prüfung übergeben worden sind, hat die Gesundheitsschädlichkeit der Ware festgestellt. Im Zusammenhang mit dieser Betrugsaffäre sind bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen worden.

### Keine Entnahmen mehr?

**Freiburg** (T). Wie der südbadische Landwirtschaftsminister im Landtag mitteilte, mußte Südbaden im Dezember 1948, also nach dem offiziellen Ende der Entnahmen, 293 537 Liter Milch, 27 429 kg Fleisch und 4 445 Eier an die Besatzungsmacht, deren Angehörige und an verschleppte Personen liefern.

### Heimkehrer kam nicht heim

**Renchen** (T). Ein 23jähriger Heimkehrer aus Frankreich verpaßte in Appenweier den Zuganschluß. Er machte sich daher zu Fuß nach Renchen auf. Auf der Reichsstraße geriet der Erwartungsfreudige jedoch unglücklicherweise unter ein Auto. Er war auf der Stelle tot.

### Langholzwagen stürzt in die Schiltach

**Lehengericht** (T). Ein motorisiertes Langholzfuhrwerk geriet im Schiltachtal aus der Fahrbahn und stürzte, sich überschlagend, in die Schiltach. Das schwere Fahrzeug kam mit den Rädern nach oben zu liegen und erdrückte Fahrer und Beifahrer.

### Schwere Bluttat

**Stuttgart** (fz). Vermutlich in einem Anfall geistiger Umnachtung tötete ein 38 Jahre alter Mann aus Möhringen seine Ehefrau und sein drei Jahre altes Söhnchen mit Hilfe eines Rasiermessers. Sein neun Jahre altes Töchterchen und eine Hausbewohnerin, die schlichtend eingreifen wollten, wurden durch Halsschnitte schwer verletzt. Den Polizeibeamten leistete er Widerstand und beging in einem verrammelten Wohnraum einen Selbstmordversuch. Ein zuvor von dem Täter gelegter Brand konnte gelöscht werden.

### Tödlicher Unfall beim Schwarzschlachten

**Böblingen** (fz). In Maichingen Kts. Böblingen wurde der 21jährige Bäckerlehrling Albert Frank durch einen Schußapparat, wie er zum Töten von Schlachtvieh verwendet wird, erschossen. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Frank und seine drei Geschwister zwei Schweine schwarzschlachten wollten, die mit dem Schußapparat getötet werden sollten. Beim Hantieren mit der Schußwaffe löste sich unvermutet der Schuß. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die drei Geschwister des tödlich Verunglückten wurden vorläufig festgenommen.

### Kalb im Führersitz

**Nürtingen** (fz). Bei einer Verkehrskontrolle fanden die durchsuchenden Beamten im Lastkraftwagen eines Stuttgarter Metzgermeisters ein lebendes Kalb das an den Füßen gefesselt und unauffällig zugedeckt war. Weiter fanden sich unter dem Führersitz 28 kg Schweinefleisch und eine größere Menge Weizen.

## Durch Beilhiebe ermordet

**Baden-Baden** (l). Nahe beim Hotel National fand in der vergangenen Woche eine Zeitungsfrau frühmorgens eine völlig entkleidete Männerleiche. Der Tote wies am Hinterkopf von zwei kräftigen Beilhieben herrührende Verletzungen auf und trug um den Hals einen langen wollenen Schal. Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich bei dem Ermordeten um den 1911 in Tübingen geborenen Friseur Walter Besenfelder. Ueber die näheren Tatumstände ist bisher nichts bekannt.

### D-Mark-Fälschernest aufgespürt

**Baden-Baden.** (T). Der Kriminalpolizei gelang es, ein DM-Fälschernest aufzuspüren, dessen Verbindungen sich über das Saargebiet und die Pfalz bis in den Stuttgarter Raum erstreckten. Festgenommen wurde bisher ein Helfershelfer, der sich im Besitz von falschen Banknoten im Nennwert von 80 000 DM befand.

### Wer telegrafiert nach den Kanarischen Inseln?

**Baden-Baden.** (T). Nach einer Mitteilung des Postzentralamtes für die französische Zone ist jetzt auch der Telegrammverkehr mit Jugoslawien, Spanisch-Marokko, den Kanarischen Inseln und Tanger zugelassen.

### „Kavaliere" des Sportfeldes

**Schwetzingen.** (wü). Am 18. April des vorigen Jahres wurde in Neulußheim das Vorspiel zur badischen Frauenhandballmannschaft zwischen dem einheimischen Sportverein und Phönix-Karlsruhe ausgetragen. Die Karlsruherinnen siegten 4:3. Dafür aber mußten sie schwer büßen, einige der Mädchen wurden von Männern schwer mißhandelt, es war und ist eine Schande. Zudem drückten sich bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht die Täter vor der Verantwortung. Zwei wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Damit es in der Sportgeschichte nicht vergessen wird: das geschah in Neulußheim durch Mitglieder des dortigen Turn- und Sportvereins gegen 11 Karlsruher Mädchen, von denen, wie die tapferen Männer vor Gericht angaben, die Männer sich „bedroht" fühlten ...

### Motorisierte Räuber

**Lampertheim.** (wü). Bei einem Angehörigen der Lampertheimer DP-Gemeinde drangen drei Männer ein, bedrohten ihn mit einer Pistole und schlugen ihn nieder. Dann stahlen sie 2900 DM, eine goldene Taschenuhr und eine Brieftasche. In einer Nebenstraße bestiegen sie ihren Wagen und brausten unerkannt ab.

### Leistungsschau des pfälzischen Handwerks

**Kaiserslautern** (ts). Die Handwerkskammer der Pfalz, die Direktion der Landesgewerbeanstalt und die Vertreter der Innungen beschlossen für die Tage vom 24. bis 29. Mai die Veranstaltung einer Leistungsschau des pfälzischen Handwerks in Kaiserslautern.

# *Um Goldene Uhren und nicht um Titel*

### Hinter den Kulissen des amerikanischen Amateur-Boxsportes

Das Land, das die Weltmeisterschaften der Berufsboxer über Jahre hinaus gepachtet zu haben scheint, das über unzählige gute Profis verfügt, hat selbstverständlich auch einen auf breitester Basis entwickelten Amateur-Boxsport. Denn nur so ist es möglich, daß von Jahr zu Jahr immer wieder guter Profi-Nachwuchs in den Ringen der USA erscheint. Allein im vorigen Jahr zählte man in den Staaten rund 10 000 aktive Boxer. Die große Mehrheit von ihnen sieht heute im Amateur-Boxsport eine willkommene Dollar-Einnahmequelle. Viele dieser sogenannten Amateure haben sich einem geschäftstüchtigen Manager angeschlossen, der meist in seinem „Boxstall" gleich mehrere gewinnversprechende Boxer unter seinen Fittichen hat und mit seiner „Truppe" zu den großen Turnieren von Großstadt zu Großstadt zieht. Diese „Stall-Boxer" und ihre gerissenen Manager sind demzufolge auch weniger an der Erringung eines Amateurtitels interessiert, als vielmehr an wertvollen Prämien in Gestalt von Silber- und Goldmedaillen und kostbaren Uhren, die dann recht oft bereits in den Umkleideräumen in klingende Münze umgetauscht werden. Die fetteste Einnahmequelle für diese Akteure ist jedoch das sehr „dehnbare" Spesengeschäft. Das ist auch der tiefere Grund, warum immer wieder unter den wachsamen Augen der American Athletic Union diese unerlaubten Geschäfte mit gleichzeitiger Steuerhinterziehung getätigt werden können. Bei diesem Spesengeschäft ist der Geschäftstüchtigkeit der Manager und „Amateurboxer" weitestgehend Spielraum gelassen.

Vor kurzem nahmen 94 Prozent aller befragten Sportjournalisten, Rundfunkreporter und Boxfunktionäre gegen die unsauberen Machenschaften im amerikanischen Amateur-Boxsport Stellung. Doch fast zur gleichen Zeit trat eine Gruppe ähnlicher Experten auf den Plan, die in dem Schein-Amateurismus der amerikanischen Boxamateure absolut nichts Außergewöhnliches sieht. Ihr ins Feld geführtes Argument ist von den Vertretern des reinen Amateur-Gedankens recht schwer widerlegbar. Der Sekretär der berühmten „Golden Gloves"-Turniere, an dem jährlich in New York mehrere Tausend Amateurboxer teilnehmen, vertrat z. B. nachdrücklich die Ansicht, daß der Mißbrauch der Amateurgesetze bei den Boxern nicht größer sei als bei anderen Sportarten. Das gibt mit Recht zu denken, doch ist diese Entwicklung im Sport nicht erst gestern eingetreten, sondern heute in allen sporttreibenden Ländern zu beobachten. Hatten wir nicht selbst in Deutschland bei den Fußballern eine ähnliche Situation?

Die amerikanischen Sportbehörden kommen aber neben der Aufdeckung des Schein-Amateurismus im Boxen noch zu einer anderen Feststellung. Der Amateurboxsport hat sich auch in der Auslegung seiner Regeln bereits weit von dem Amateurreglement entfernt. Als einzigen tatsächlichen Amateur können sie nur noch die Boxer an den Schulen und Universitäten bezeichnen und man empfiehlt dem übrigen Amateurboxsport vor allem die Einbeziehung des Schutzes vor ernsthaften Verletzungen in ihre Regeln. Der Collegeboxer muß nämlich bei einem Niederschlag bis zu neun am Boden bleiben. Der Ringrichter ist verpflichtet bei einer sich klar herausschälenden Ueberlegenheit eines Gegners den Kampf abzubrechen. Schließlich wird Sport, auch der Boxsport, um des Sportes willen und nicht um sich physisch zu vernichten, betrieben.

So haben auch die Amerikaner in ihrem Bestreben um die Reinerhaltung des Sportes und um eine scharfe Trennung zwischen Amateuer und Profi ihre Sorgen. nl.

### Schalkes schwerer Schicksalskampf

Die SOS-Rufe des früheren deutschen Meistervereins überschatten die reine Freude an dem Siegeszug der Dortmunder Borussia, die es den Kickers Offenbach gleichtun will. Das Zusammentreffen Schalkes mit Borussia war keineswegs ein Spaziergang für die Lenz-Elf, denn vor 30 000 Zuschauern in der Glückauf-Kampfbahn machten die Schalker verzweifelte Anstrengungen, das drohende Schicksal doch noch zu wenden. In einem dramatischen Kampf scheiterte Schalkes Jugend an der überlegenen Routine der Dortmunder. Augustin und Matzek hatten es wiederholt sozusagen „in den Schußstiefeln", aber die bestgemeinten Schüsse verfehlten das Ziel oder knallten an die Latte. Da nützte alle Kreiselkunst nichts und in der zweiten Halbzeit setzte sich allmählich die Dortmunder Läuferreihe durch, die aus der Defensive aufbaute. Ein einziger Torschuß von Steinforth zum 1:0 dürfte voraussichtlich Schalkes Schicksal besiegelt haben. Dortmunds rotweiße Verfolger verloren durch Punkteteilung weiteren Boden.

**Kreisklasse B St. 3:** Völkersbach — Spinnerei 1:1, Bruchhausen — Sulzbach 1:1, Oberweier — Malsch 1:3, Schöllbronn — Fr. T. Bulach 3:1.

### Wer will Fußballschiedsrichter werden?

Im Laufe des Monats Februar findet der nächste Lehrgang für Schiedsrichteranwärter statt. Interessenten wenden sich bis spätestens 10. Februar an Ludwig Weida, Karlsruhe, Weltzienstraße 18b.

**Heini Gärtner,** der Mittelläufer des VfB Mühlburg, eröffnet heute in der Wilhelmstraße, Ecke Luisenstraße, ein Rauchwaren- und Spirituosengeschäft, dem ein Zeitungs- und Zeitschriftenhandel, sowie eine Totoannahmestelle angeschlossen ist.

### Zwei Tipper erhalten je 47 500 DM

Eine sensationelle Rekordquote schüttete der Württemberg-Badische Toto im 15. Wettbewerb aus. 2 Wetter erhalten für 10 richtig erratene Ergebnisse je 47 500 DM. Im zweiten Rang gab es für 57 Gewinner je 1650 DM und im dritten Rang für 990 Gewinner je 90 DM.


Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens unserer lieben Verstorbenen **Berta Hörmann,** geb. Marz sagen wir herzlichen Dank.
**Karlsruhe,** den 31. Januar 1949.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Eugen Hörmann.

**Veranstaltungen**

**Die KURBEL** Heute 11 . 13 . 15 . 17 19. 21 Uhr: „Die Nacht der Zwölf"

**PALI** Heute: 13.00, 15.00, 17.00, 19.00 u. 21.00 Uhr. „ZWEI GLÜCKLICHE MENSCHEN" mit Magda Schneider, Wolf Albach-Retty.

**ATLANTIK** Durlacher Tor Heute **Herzkönig** 13.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00 Uhr

**PALAIS** Café - Bar - Ruf 4713 - Eig. Parkpl. Ab heute Gastspiel **HENRY BALDOWER** das dezent-moderne Sextett v. Haus Vaterland Hamburg u. NWDR.

Ihre Rufnummer für Anzeigen **6649**

**Hinweise**

**Oeffentliche Versteigerung.** Morgen, **Mittwoch,** 2. Febr., von 9—18 Uhr werden **im Saal des Rest. „z. Landsknecht"**, Ecke Herrenstr.-Zirkel öffentlich versteigert aus Privatbesitz: Dipl.-Schreibtische, Geldschrank, Eßzimmer, Betten, Schränke, Küchenmöbel, Teppiche, Federbetten, Bett-, Leib- u. Tischwäsche, Dam.- u. Herren-Kleider, Maskenkostüme, Schuhe, Rohrstühle, Gasbadeöfen, Gasherde, Fahrräder, Radios, Mikroskop, Klosetts u. a. m. Büromöbel werden um 11 Uhr ausgeboten. **Karlsruher Auktionshaus Hans Peter,** Melanchthonstr. 4, Telefon 2950.

**Stellen-Angebote**

**Erfahrener Buchhalter** f. stundenw. Beschäftigung (Ruf-Buchhltg.) sofort gesucht. Gefl. Angeb. u. 30907 an SAZ Karlsruhe.

**Zuverlässiger Hilfsarbeiter** für Färbereibetrieb, sofort gesucht. Angeb. u. 30 898 an SAZ Karlsruhe.

**Tüchtige Schneiderin,** die gewandt ist i. Nähen von Herrenhemden, sucht Vierlinger, Karlsruhe, Geranienstr. 18.

**Provisions-Vertreter** (Platz-Vertreter) z. Verkauf erster Qualitäten Backaromen Essenzen u. Liköressenzen für noch einige Stadt- u. Landkreise v. württemberg. chem. Fabrik gesucht. Bewerber müssen bei d. einschl. Kundschaft bestens eingeführt sein. Angeb. mit Ang. der jetzig. Tätigkeit u. Erfolge erbeten u. Nr. J 30012 an „ns-Meurer, Stuttgart-S, Mittelstr. 8.

**Stellengesuche**

**Jg. Holzschneider** s. Stelle b. xylographischer Anstalt. Ab 1. 4. 49. Angeb. u. 1496 Anz.-Bekr. Khe., Karlstr. 14.

**Haushälterin** s. Stell. i. frauenl. Hausb. a. ält. Ehepaar. Angeb. Tel. 2130.

**Immobilien**

Ich biete an: **3-Familienhaus** in gutem Zustand, Garten, Garage, schöne Weststadtwohnung v. Karlsruhe. Preis nur 38 000 DM, Anzahlung 20 000 DM. **Geschäftshausruine** gute Südstadtlage, abgeschuttet, Keller gut, 600 qm, für Erstellung von Werkstatt geeignet. Anzahlg. 5000 DM. **Kriegsstraße** einige zerstörte Wohnhäuser, gut aufbaufähig. Anzahlung 13 000 DM. **HANS SCHMITT** Immobilien, Karlsruhe, Vorholzstraße 7, Telefon 2117.

**Zu vermieten**

**Möbl. Zi.** zu verm. ⊠ 30 819 SAZ Khe.

**Zu mieten gesucht**

**Gewerbl. Raum** ges. ⊠ 30736 SAZ Khe.

**Wohnungstausch**

**Biete: 2 s. schöne Zimmer** in best. Lage (Wasser, Gas). **Suche** 2—3 Zi.-Wohng. m. Küche, Bad, mögl. Garage, auch ausbaufähig. Gebe Baukostenzuschuß. Angeb. 30867 SAZ Karlsruhe.

**Zu verkaufen**

**Wohnzimmer- u. Kücheneinrichtung,** kl. Kochofen, el. Kocher m. 2 Platten, el. Uhr, Heizofen, Fußwärmer, Radio mit Tisch, 2 Schneider- u. 3 Haushalteisen, Garderobeständer, Anprobierspiegel, Korbgarnitur, 3 Kleiderständer, 2 Küchentische, 2 Stühle, 5 Hocker, 2 Oelgemälde, 1 Bild, 5 Lampen, Eßservice, verschied. Trinkgläser u. sonst. Geschirr, kl. Tragwagen zu verkf. Erfragen in der Geschäftsstelle der SAZ, Kaiserstraße 59.

**Büfett, Nußbaum, massiv, Stil, Birnbaum-Ausziehtisch, neu Schreibtisch, Diplomat, neu** günstig zu verkaufen. **Vögtle, Grötzingen, Friedrichstr. 87.**

**Garage** (Herakl**it**) zu verkaufen. Erzbergerstr. 70, Tel. 1043.

**Verkaufe** eine guterh. Motorsäge (Benzin) ...

**Zu kaufen gesucht**

**Kaufe alles,** auch getrag. Kleidung. Geld sofort. Khe., Winterstr. 4. Telef. 5258.

**Herrenzimmer,** Eßzim., Möbel, sowie ein gr. Kl.-Schrank, gut erh., zu kf. ges. Angeb. 1497 Anz.-Bekr. Khe., Karlstraße 14.

**Bodenteppich,** Schreibm. u. Klavier zu kauf. ges. Angeb. 30799 SAZ Karlsr.

**Kleiderschrank,** Federbett m. Kissen u. Nähmaschine zu kaufen gesucht. Angebote u. 30800 SAZ Karlsruhe.

**Schreibmaschine** zu kaufen gesucht. Angebote 30803 SAZ Karlsruhe.

**Nähmaschine,** gebraucht, auch reparaturbedürftig, zu kaufen gesucht. E. Fischer, Hagsfeld, Schwetzinger Straße 64.

**Schuhmachernähmaschine** u. Kleiderschr. zu kf. ges. Angeb. 30860 SAZ Karlsr.

**Nähmaschine,** Federbett, zu kf. ges. Angebote 30810 SAZ Karlsruhe.

**Kopierpresse,** auch gebraucht, sofort zu kaufen gesucht. Die Kurbel, Kaiserstr. Nr. 211, Zimmer 8.

**Tausch**

**Eine größere Anzahl Glühbirnen,** 220 V (25, 40 u. 60 Watt) gegen Glühbirnen gleicher Stärke 110/120 V. zu tauschen ges. Telefon Nr. 5307, Apparat 12.

**Rechenmaschine elektrisch** gegen Reise-Schreibmaschine zu tauschen. Angeb. u. A 5170 an SAZ Pfzh.

**Mit UHU Tinte schreibt sich's leicht!**

**Automarkt**

**5 To. Mercedes Diesel** m. Anh., 3½ To. Opel Blitz, 1½ To. Ford BB., 3 To. ATE-Anhänger verkauft Auto-Wipfler.

**2 Ltr. Mercedes,** Lim., Adler-Trumpf jun., 1,3 Ltr. Opel; Dixi-Cabriolett, Dixi-Lim., verkauft: Auto-Wipfler.

**Tiermarkt**

**Deutscher Schäferhund** 1 bis 1½ Jahre alt, als Wachhund, für Industriebetrieb gesucht. Angebote u. 30887 an SAZ Karlsruhe erbeten.

**Verloren — Gefunden**

**Goldener Ehering** m. Monogr. MR vor d. Hause Ludw.-Wilhelmstr. 16 verloren. der ehrl. Finder wird gebeten, denselb. geg. Belohn. Ludw.-Wilhelm-Str. 16, II. Stock, abgeben zu wollen.

**Entlaufen**

**Hund,** engl. Setter, schw.-weiß (Jagdhund) entlauf., abzugeb. geg. Bel. bei Metzgerei Rastätter, Bunsenstr. 12.

**Heiraten**

**Ihre Zukunft** meistern Sie durch eine harmonische Ehe. Befragen Sie das **Institut Frau Hilde von Redwitz, Karlsruhe,** Beiertheimer Allee 14a/15. Gute Einheiratsmöglichkeiten laufend gebotene Ausk. kostenlos, verschwieg.

**Frl.,** 28 J., gute Vergangenheit, wünscht netten Herrn in sich. Stellung zwecks bald. Heirat kennen zu lernen. Unterkunftsmöglichk. bei Eltern geboten. Bildangeb. 30616 an SAZ Karlsruhe.

**Ww.,** 49, Neuap., 4 K., 5—11 J., sich. Stell. u. Eink., schö. W. s. Frau n. A. bis 40 J. zw. b. Heirat. Bild⊠ unter 30818 SAZ Karlsruhe.

**Fabrikant,** Dipl.-Ing., stattl. Erschein., 47 Jahre, verw., in best. Verhältnissen, wünscht Dame aus bester Familie kennen zu lernen, die seinen 3 Kindern eine gute Mutter u. ihm eine liebev. Gattin sein, möchte u. einem großen Hause repräsentativ vorzustehen versteht. **Textilkaufmann,** 40 J., in guten Verh., wünscht süddeutsch. Mädel mit Sinn f. Haush. u. Geschäft zw. Heirat kennen zu lernen. **Institut Berkle,** Eheanbahnung f. In- u. Ausland, Khe., Akademiestr. 31.

**Eine Witwe ohne Mann** könnte sich und einen Witwer oder Junggesellen so glücklich machen — aber gerade die besten Frauen, die glücklichen Ehejahres nachtrauern, scheuen oft das Wagnis einer zweiten Verbindung. Diese Vorsicht ist gerechtfertigt, wenn Sie die Wahl nur dem Spiel des Zufalls überlassen. Es gibt aber in Stuttgart eine herzenskluge Beraterin, die seit Jahrzehnten bewiesen hat, daß sie es weiß, wer zusammenpaßt:
**Frau Erika Hofmann**
Anbahnung glücklicher Ehen
Stuttgart W, Reinsburgstraße 9
früher Gutenbergstraße
Telefon 698 15
Sprechzeit: Montag bis Freitag 10 bis 18 Uhr und Samstag und Sonntag 10 bis 16 Uhr.

**Verschiedenes**

**Juweliere, Uhrmacher!** Pforzheim. Spez.-Rep.-Geschäft fertigt Ihre Schmuckrep. pünktlich bei kurzfrist. Lieferung zu Fabrikpreisen an. Näheres u. E 293 SAZ Pforzheim.

**Geschäftliche Empfehlungen**

**3 to Imbert-Anhänger,** luftbereift, für Gespann- u. Schlepperzug, zum Preise von 1995 DM, komplett, kurzfristig lieferbar. Wilhelm Ungeheuer u. Co., Karlsruhe, Scheffelstraße 7/19. Fernsprecher 5485.

**RADIO-Soinegg** große Auswahl - Teilzahlung - Amalienstraße 45

**HANNOVER-MESSE** Großhandels- u. Exportunternehmen m. eig. Ausstellungshalle (ca. 850 qm), bietet noch einer Anzahl Firmen Ausstellungsmöglichkeit, evtl. mit Interessenvertr. nach Vereinb. Zuschr. u. 5437 an SAZ Pforzheim.

*Einfache und elegante* **Strick-Modelle** *für Pullover, Kleider, Wäsche usw.*

*mit Strickmuster und Anleitung Heft DM. 2,50 · Preisliste gratis* **Alberts-Verlag (20a) Groß-Ilsede**

**Dämmplatten** Ia. Qualität eingetroffen **Sperrholz-Billing** Karlstraße 90 Telefon 9285

**Ludwig Eberhardt** Autozubehör-Großhandlung hat die Geschäftsräume verlegt nach **Sofienstraße 19** beim Karlstor

Günstige Gelegenheitskäufe! **HOHNER** Akkordeon, Handharmonika, B-Trompete, Flügelhorn, Oboe, Meyr-Flöte, Akkord- und Konzertzither, Meistergeige, Violin-Etui, Harmonium, Piano. **HANS MÜLLER** Haus für Musik Kaiserstraße 48. — Ruf 887. An- und Verkauf gesp. Instrumente.

**Maurerarbeiten** werden preisw. ausgef. F. Frank, Khe., Liebigstraße 7.

**Betrieb mit Mühlen** u. Abfüllm. nimmt Aufträge an. Gewürzmühle Yehl, Karlsruhe, Telefon 106.

**Aus Ihrer Wolle alle Handstrickarbeiten** in kunstgewerbl. Handarbeit, schnell lieferbar: Erstklassige Ausführung u. Paßform. **Hannerl-Moden Hans Schmitt** Sodenstraße 19.

**Passage-Palast-Betriebe** Telefon 4742

**Rheinischer KARNEVAL**

Karnevalistischer Fahrplan

1. Woche:

| | |
|---|---|
| Mittwoch, den 2. Februar, 20 Uhr | Rheinischer Abend |
| Donnerstag, den 3. Februar, 20 Uhr | Großer Kostümball |
| Freitag, den 4. Februar, 20 Uhr | Großer Maskenball |
| Samstag, den 5. Februar, 20 Uhr | Lumpenball |
| Sonntag, den 6. Februar, 15.30 Uhr | 1. Kindermaskenfest |
| Sonntag, den 6. Februar, 20 Uhr | Großer Kostümball |
| Montag, den 7. Februar, 20 Uhr | Kappenfest mit Tanz; Ballonschlacht |

Bei allen Veranstaltungen wirken mit: **Liane Tempes und Willy Clemens** Die Humoristen vom Rhein

Samstags: Polizeistunde bis 5 Uhr morgens. Wochentags bis 2 Uhr morgens.

**Konzert-Kaffee Museum** Mittwoch, 2. Februar 1949 **Kappenfest mit Tanz**